Danziger Volkstimme

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrägerin 12000 M. In Pommerellen 12000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespaltene Zeile 1600 M, auswärts 2000 M. Die Reklamezeile 6000 M, auswärts 7000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 152 — Dienstag, den 3. Juli 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhause Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 1004. Fernsprecher: Für Schriftleitung 2276, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Die Woche der Entscheidungen.

Englisch-französische Zwischenspiele.

Das „Echo de Paris" macht darauf aufmerksam, daß mit dem gestrigen Montag eine ernste schwierige Woche begann. Drei Angelegenheiten seien es, die zur Debatte ständen. Seit zwei Tagen beschäftigten sich französische, englische und spanische Sachverständige damit, das Schicksal von Tanger zu bestimmen. Ihre ersten Verhandlungen seien ermutigend gewesen. Heute werde in Genf im Völkerbundrat eine zweite Debatte über die Saarfrage eröffnet. Es handle sich darum, einer Regierungskommission den Prozeß zu machen, in der Frankreich einen entscheidenden Einfluß ausübe. Es handle sich ferner darum, für den Monat Januar die Einsetzung einer neuen Kommission vorzubereiten, in der irgendein kanadischer Präsident, der den französischen Ministern und der Politik vom 11. Januar feindlich gesinnt sei, sich dafür einsetze, die Ausbeutung des Saargebiets zum Nutzen Frankreichs sicherzustellen, gleichzeitig aber auch den Eifelturm schleifen lasse. Für den Augenblick habe sich Frankreich auf die Inkompetenz des Völkerbundes berufen. Er sei nicht berechtigt, eine Enquete im Saargebiet zu veranstalten. Im Januar habe er die Machtbefugnis des französischen Delegierten und seiner Kollegen zu erneuern. Frankreich werde dafür sorgen, daß es bei diesem Anlaß nicht unterliegen werde. Die dritte Debatte sei die ernsteste. Der französische Botschafter werde heute nachmittag im Foreign office das Programm der französischen Politik, das er schon am 11. Juni dargelegt habe, modifizieren. Schon zweimal habe Frankreich erklärt, daß es nur eine mündliche Antwort erteile. Wünschten denn Baldwin und seine Kollegen, daß das non possumus in Frankreich oder in England ausgesprochen werde?

Reuter verbreitet folgende Information des diplomatischen Korrespondenten des „Observer": Wenn Frankreich es ablehnt, auf die Fragen Großbritanniens eine schriftliche Antwort zu erteilen, so wird die britische Regierung sehr wahrscheinlich öffentlich erklären, daß die derzeitige Politik Frankreichs zum Ruin Europas führt und wird Verhandlungen mit Deutschland auf der Grundlage des deutschen Reparationsangebots vom 7. 6. einleiten. Wenn Frankreich es ablehnt, daran teilzunehmen, wird Großbritannien selbständig vorgehen, möglicherweise wird eine Konferenz neutraler Staaten einberufen werden zum Zweck, eine Einigung mit Deutschland ohne Frankreich herbeizuführen. Die englische Regierung erklärt diese Meldung für verfrüht. Als Symptom der öffentlichen Meinung in England ist sie aber bezeichnend.

Der Pariser Korrespondent der „Times" schreibt: Wir haben den schwierigsten Augenblick in den französisch-englischen Beziehungen erreicht. Von dem, was diese Woche geschieht, kann die künftige Freundschaft zwischen beiden Ländern abhängen. Es ist zwecklos und gefährlich, sich in Prophezeiungen zu ergehen, welche Wege Frankreich und Großbritannien in dem einen oder anderen Falle einschlagen werden. Frankreich ist der Auffassung, daß es eine Haltung nicht vollständig ändern kann, ohne sich zu demütigen.

*

Am Montag hat der englische Ministerpräsident den französischen Botschafter in London empfangen, um eine mündliche Antwort auf den von seiner Regierung an Poincaré gerichteten Fragebogen entgegenzunehmen. Der Inhalt der mündlichen Auskünfte wird vorläufig geheimgehalten, aber das Renkontre zwischen der offiziellen Pariser Presse und den der Regierung nahestehenden Blättern in London läßt erkennen, daß die Differenzen zwischen Frankreich und England groß sind und nicht so schnell überbrückt werden dürften. Trotzdem gehören wir nicht zu den Kreisen, die Hoffnungen auf ein Zerwürfnis zwischen England und Frankreich aus der Schärfe der englischen Pressepolemik schöpfen. Früher schon haben englische Regierungen, erinnert sei an Lloyd George und Bonar Law, aus Anlaß schwieriger Situationen mit einer Sonderaktion gegen Frankreich gedroht. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, wenn die Regierung Baldwin in Ermangelung positiver Trümpfe gegen Poincaré in der gegenwärtigen Lage ebenfalls die Sonderaktion als letzten Ausweg betrachtet. Aber die allgemeine europäische Lage spricht mehr für die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen den beiden stärksten Mächten des Kontinents als für die Verwirklichung der von England jetzt angeblich erneut angedrohten Sonderaktion. Deutschland würde jedenfalls von einer derartigen Aktion nicht den geringsten Vorteil haben und es ist uns unverständlich, wie gewisse Kreise von einem Zerwürfnis zwischen Frankreich und England das Heil des deutschen Volkes erwarten können. Denn sicher würde Frankreich trotz seines Zerwürfnisses mit England die Ruhrbesetzung fortführen und Deutschland schließlich zur Entgegennahme seiner Bedingungen zwingen.

So wenig wir an eine Beendigung des französisch-englischen Bündnisses glauben können, so sehr sind wir davon überzeugt, daß sich die amtlichen Stellen in London und Paris, wenn auch nach Ueberwindung großer Hindernisse auf kurz oder lang doch einigen werden. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Einigung, nachdem die Regierung Cuno Deutschlands Interessenvertretung ausschließlich in die Hand Englands gelegt hat, nur auf Kosten Deutschlands vor sich gehen kann. Frankreich besteht nach wie vor auf der Aufrechterhaltung der Eisenbahnregie, die inzwischen im Ruhrgebiet durchgeführt ist. Außerdem fordert es Sicherheitsmaßnahmen, die in den rheinischen Gebietsteilen zur Durchführung gelangen sollen. Nichts spricht dafür, daß die französische Regierung von diesen grundsätzlichen Forderungen abgehen wird, vielmehr ist dagegen anzunehmen, daß sich das durch die Verhältnisse diktierte englisch-französische Kompromiß auf die obenbezeichneten Punkte aufbaut. Fraglich ist nur, ob die Regie weiterhin in der Hand einzelner Ententemächte bleibt und ob die erstrebten Sicherheitsmaßnahmen ihre Durchführung durch Vertreter der alliierten Staaten finden. Poincaré ist zwar nach wie vor bestrebt, sein selbständiges Machtverhältnis im Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten, aber er wird sich nach einer grundsätzlichen Einwilligung der englischen Regierung zu einer Eisenbahnregie und einer Sicherheitsaktion bereit erklären müssen, die Kontrollmaßnahmen dem Völkerbund zu überlassen. England baut bereits in diesem Sinne vor. Es versucht, durch Bestrebungen dieser oder jener Art den Völkerbundgedanken in Deutschland schmackhaft zu machen, um dem deutschen Volke dadurch die Zustimmung zu den für uns kommenden unerträglichen Entscheidungen zu erleichtern.

Sozialdemokratische Forderungen im Reich.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich dem „Vorwärts" zufolge am Montag mit der innen- und außenpolitischen Lage. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Währungsfragen, zur Frage des wertbeständigen Lohns und zu den Steuerfragen soll der Regierung unterbreitet werden und es sollen von ihr Maßnahmen in dieser Richtung verlangt werden. Die Erörterung dieser Fragen soll im Reichstag wenn möglich in Verbindung mit der Beratung der Verbrauchssteuern, jedenfalls aber noch vor den Sommerferien, erfolgen. Auch die außenpolitische Lage, insbesondere die Lage im Ruhrgebiet, soll in einer politischen Debatte im Reichstag geklärt werden.

Die Genfer Völkerbundstagung.

Unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters Salandra wurde gestern vormittag in geheimer Sitzung die 25. Tagung des Völkerbundrats eröffnet. Auf der ersten Tagesordnung standen zwei englische Anträge über die Saarfrage. Lord Robert Cecil verlangte die Oeffentlichkeit der Debatte. Hanotaux widersprach dem lebhaft. In der Nachmittagssitzung beschloß der Rat, nachdem Hanotaux seinen Widerspruch zurückgezogen hatte, die Saarfrage Dienstag vormittags 10 Uhr in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen Lord Robert Cecil und Hanotaux eine wenigstens grundsätzliche Verständigung erfolgt ist, die einerseits die Empfindlichkeit Frankreichs schont und doch die Durchführung der von England gewünschten Untersuchung über die Regierungsmethoden im Saargebiet ermöglicht.

Der Völkerbundrat nahm dann mehrere Berichte entgegen, u. a. auch den vierten und fünften Bericht des Völkerbundkommissars für Oesterreich in Wien, Dr. Zimmermann. Er erklärte, von den Fortschritten der österreichischen Reform befriedigt zu sein. Präsident Salandra sprach nach einigen Worten des österreichischen Vertreters beim Völkerbunde, Minister Pflügel, die Hoffnung aus, daß Oesterreich, da nunmehr die Aktion gelungen sei, mit der Durchführung der Verwaltungsreform fortfahren werde, um sein Budget allmählich ins Gleichgewicht zu bringen und seine Finanzen mit der Zeit wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Auf der Tagesordnung steht unter anderem auch die Auslegung des Artikels 4 der Minderheitsschutzverträge, der für die deutschen Minderheiten in Polen von ungeheurer Bedeutung ist. Der genannte Artikel bestimmt die Staatsangehörigkeit der Minderheiten. Es hat sich gezeigt, daß Polen das Bestreben hat, allen den Deutschen die polnische Staatsangehörigkeit nicht zu gewähren, die zwar von Eltern geboren sind, die in den abgetretenen Gebieten wohnhaft waren, die aber zur Zeit des Inkrafttretens des Versailler Vertrages (10. Januar 1920) bereits verstorben waren. Dadurch wird es der polnischen Regierung möglich, die Besitzungen dieser Deutschen, die nach dem Sinne des Minderheitenschutzvertrages zweifellos Polen werden müßten, zu „annektieren". Deshalb haben die deutschen Minderheiten in Polen gefordert, daß die Auslegung des Artikels 4 dem ständigen internationalen Gerichtshof im Haag übertragen werde. Die polnische Regierung hat den Antrag gestellt, die ganze Frage von der Tagesordnung des Rates abzusetzen. Aber es ist nicht anzunehmen, daß sie damit durchdringt, denn das würde ihr die Freiheit lassen, inzwischen durch praktische Maßnahmen eine spätere Auslegung zwecklos zu machen.

Die Danziger Fragen werden wahrscheinlich am Mittwoch oder Donnerstag zur Verhandlung kommen.

Kampfansage der polnischen Sozialisten.

Der Generalrat der polnischen Sozialistenpartei faßte Sonntag den Beschluß, den Kampf gegen die derzeitige polnische Regierung mit größter Energie fortzusetzen. Die Resolution gibt der Regierung schuld an der „unaufhaltsam steigenden Teuerung, der katastrophalen Lage der Staats- und der Volkswirtschaft", beschuldigt sie „der rücksichtslosen Bekämpfung der Demokratie, des Sozialismus und der nationalen Minderheiten" und wirft ihr „gewaltige Einbußen in der Außenpolitik" vor. Eine weitere Resolution konstatiert „dem Polenstaate drohe Gefahr seitens der Reaktionäre und geheimer Kampforganisationen" und fordert zu rücksichtslosem Widerstande gegen allenfallsige Putschversuche auf.

Vier Jahre Frieden — neun Jahre Not.

Von Hermann Kranold (Hannover).

Am 28. Juni waren vier Jahre vergangen, seit in Versailles die Vertreter der am Krieg beteiligten Mächte jenes Dokument unterzeichneten, das, in der amtlichen deutschen Ausgabe über 500 Seiten vom Riesenformat füllend, den Kriegszustand beendete, die Ueberschrift: „Friedensbedingungen" führt und in vieler Beziehung als ein Dokument von der Schande unserer Zeit bezeichnet werden kann. Nach der Unterzeichnung des Dokuments gingen die in Paris versammelten Staatsmänner allmählich wieder nach Hause. Wenn man die Unterschriften ansieht, so wird man an den Spruch erinnert: „Alle nicht, die wiederkehren, mögen sich des Heimzugs freuen". Die Liste der Unterschriften mutet an wie ein langer Katalog politischer Leichen: die Amerikaner Woodrow Wilson, Robert Lansing, House; die Engländer Lloyd George, Bonar Law, Lord Milner, Arthur James Balfour, Barnes; der Australier W. M. Hughes, der Südafrikaner Louis Botha; die Franzosen Clemenceau, Pichon, Klotz, Tardieue, und Jules Cambon; die Italiener Sonnino und Imperiali; der Belgier Hymans; der Grieche Venizelos; der Pole Padewski; der Portugiese Costa und die vielen weniger Bekannten: wo sind sie, die einst vor uns in der Welt gewesen? Der politische Tod hat unter ihnen furchtbare Ernte gehalten. Sie leben noch; sie schreiben noch; sie schreien noch; manche, z. B. Lloyd George, sind geschätzte Mitarbeiter der allein nationalen Sinnespresse; und die deutsche Bourgeoisie erhofft von manchen von ihnen gelegentlich Deutschlands Rettung — allenfalls; aber dieses ist auch alles.

Der „Jubeltag" des Friedens von Versailles ist gleichzeitig der Jubeltag der Entstehung des Weltkrieges. Wenigstens äußerlich ist jener 28. Juni 1914, an dem in Serajewo der österreichische Thronfolger erschossen wurde, sicherlich der Anfangstag der europäischen Selbstzerfleischung. Neun, nicht bloß fünf Jahre, wie man hätte glauben sollen, währt sie nun. Und noch immer ist kein Ende abzusehen. Freilich: Amerika hat sich gut erholt (nur daß seine westlichen Farmer seit zwei Jahren scharenweise vom Acker flüchten und innenpolitisch dort eine Reaktion tobt, wie sie in Deutschland unter dem Sozialistengesetz nicht halb so schlimm war); England kommt allmählich wieder auf die Beine (nur daß es seine Orientsorgen nicht recht loswerden und die türkische Hinterlassenschaft in Afrika, Arabien, Syrien, Mesopotamien nicht recht verdauen kann). Aber das übrige Europa? Daß Gott erbarm'! Italien, Frankreich, Belgien, die österreichischen Nachfolgestaaten, Polen, der Balkan: aus einer wirtschaftlichen und innerpolitischen Krise stürzen sie in die andere. Oesterreich ist vom „Völkerbund" „saniert" nach der bewährten Methode, nach der man dem Zuckerkranken vom Knochenfraß dadurch heilt, daß man ihm das Bein abhackt. Und Deutschland? Und Rußland? Sie liegen am Boden, und das Volk, überwältigt von den Segnungen des Friedens, quält sich mit Krämpfen, indessen auf seinem Rücken eine Riesenbande von Neukapitalisten sich immer reichlicher und reichlicher mästet.

Der Geist von Serajewo, der Geist von Versailles, der Geist von Essen, der Geist von Münster: es ist alles dasselbe. Wenn je erwiesen wurde, daß die Europäer nicht bereit sind, von der Geschichte zu lernen — selbst da nicht, wo sie ihre Lehren hinausschreit so, daß sogar die Steine es hören, dann ist es jetzt erwiesen. 1914 wurde ein noch nicht gekrönites Haupt erschlagen, weil es eine verhaßte Politik repräsentierte. (Mord von Serajewo.) Zur Ruhe wurde, unter gütiger Mitwirkung sachkundiger, technisch vollendet arbeitender Fachmänner in Diplomatie, Heerwesen und innerer Politik, die Welt ein bißchen über unseren Köpfen angekokelt. Als der Rauch sich verzog, brachte man die Trümmer gründlichst mit vereinten Kräften in Unordnung, brannte noch ein paar lediglich unversehrt gebliebene Balken und Pfeiler ein bißchen stärker an und ver-

Danziger Volksstimme

Bezugspreise: Durch die Post u. Bote 34.1[illegible] M. In Pommerellen 12000 M poln. Verteilung. Die 1spaltige Zeile 1600 M, auswärts 2000 M. Die Nachmeczeile 6000 M, auswärts 7000 M. Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung des [illegible]

Nr. 151 — Montag, den 2. Juli 1923

Attentäte und Blutjustiz.

Neue französische Bluturteile.

7 Deutsche zum Tode verurteilt.

Nach einer Havasmeldung aus Mainz ist Freitag vor dem französischen Kriegsgericht gegen eine Reihe Deutscher wegen angeblicher Sabotageakte verhandelt worden. Sieben Angeklagte wurden zum Tode, ein achter Angeklagter zu lebenslänglichem Zuchthaus und ein neunter zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Wie Havas mitteilt, heißen die Verurteilten Sasse, Maurer, Grube, Hahme, Schneider, Freier, Frey, Lauth und Kögler.

Ueber den ungeheuerlichen Prozeß gibt „Petit Parisien" diese Darstellung:

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni wurden in Bodenheim die Bruchstücke einer Schiene in die Mitte einer Weiche getrieben, um dadurch den Schnellzug Wiesbaden—Frankfurt, der um 4.10 Uhr die betreffende Stelle passieren mußte, zur Entgleisung zu bringen. Angeklagt sind die Deutschen Sasse, Maurer, Gruber, Hahme, Schneider, Meyer, Lauth, Frey, Kögler, die sämtlich beschuldigt werden, Mitglieder einer Rechtsorganisation zu sein, deren Zweck es sein soll, Sabotageakte in dem besetzten Gebiet vorzunehmen. Die fünf ersten angeklagten Personen sind beschuldigt, an der Sabotage von Bodenheim teilgenommen zu haben. Frey soll Schneider angeworben und Kögler soll diese beiden Personen beherbergt haben, trotzdem er von ihren Absichten gewußt habe. Sasse und Meyer hätten eine telephonische Hilfsleitung außer Funktion gesetzt, während Lauth und Frey Explosivstoffe befördert hätten. Die Angeklagten sollen zu ihrer Verteidigung ihre mißliche Lage angeführt haben, sowie die Ungewißheit, in der sie sich über die Ziele der Organisation befanden. Sie schieben den größten Teil der Schuld auf einen flüchtigen Kameraden. Die verteidigenden Rechtsanwälte, sämtlich Deutsche, plädierten in französischer Sprache und hielt dem „Petit Parisien" zufolge den unheilvollen Einfluß derjenigen Kreise hervor, die derartige Sabotageakte organisieren würden. Sie beantragten mildernde Umstände für die Angeklagten. Der Regierungskommissar hatte acht Todesurteile beantragt. Nach einstündiger Beratung sprachen die Richter folgendes Urteil aus: Sasse, Maurer, Gruber, Hahme, Schneider, Frey, Meyer wurden zum Tode verurteilt, gegen Lauth wird auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt, Kögler wurde zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Havas verbreitet ein Telegramm aus Koblenz, in dem erklärt wird, die Rheinlandkommission habe beschlossen, daß in Zukunft in jedem Zug, der im besetzten Gebiet verkehre, deutsche Zivilpersonen mitfahren müssen. Weiter hat die Kommission beschlossen, die Ueberschreitung der Grenze zwischen besetztem und nichtbesetztem Gebiet vom 2. Juli mitternachts an in beiden Richtungen jedem deutschen Staatsbürger zu untersagen, wenn es sich nicht um Zwecke der Ernährung oder um besondere Familienereignisse handelt. Dieser Beschluß bleibt 14 Tage in Kraft.

Die französische Besatzungsbehörde hat folgende Anordnung erlassen: „In Anbetracht der in der letzten Zeit gegen Wachen und Patrouillen verübten Attentate wird eine Zone von 200 Metern rechts und links der Schienenwege und bewachten Kanäle zwischen 8 Uhr abends und 5½ Uhr morgens vollständig gesperrt. Die Wachen und Patrouillen werden auf jede Person schießen, selbst auf solche, die in Häusern wohnen, die innerhalb der verbotenen Zone liegen, wenn sie nicht auf den ersten Anruf stehen bleiben und die Hände erheben. Die Verordnung tritt am 30. Juni abends in Kraft.

Nach französischen Prozeßberichten über das Mainzer Kriegsgericht soll der Angeklagte Grube u. a. die Angabe gemacht haben, er und der Angeklagte [illegible] seien von der Frankfurter Polizei wegen [illegible] von Dynamit festgenommen, aber wieder [illegible] worden, nachdem sie erklärt hätten, der [illegible] diene Sabotageakten im besetzten Gebiet. [illegible] über erklärte der Frankfurter Polizeipräsident [illegible] Vertreter des Wolffbureaus, daß die Angaben [illegible] Grube vollständig erfunden sind. Die Frankfurter Polizei stehe wie der preußische Minister des [illegible] auf dem Standpunkt, daß derartige Attentate in [illegible] Weise zu begünstigen seien.

Bei den Attentäten handelt es sich hauptsächlich [illegible] Burschen bayrischer Herkunft, ohne jede [illegible] rung, um Abenteurer, deren Sehen vor der [illegible] ist, die sich um so besser aber in der Ausführung von Verbrechen groß fühlen. Die Herkunft der Täter weist deutlich die Spur zu der Quelle der Verbrechen. Das Bayern der Ordnung trägt auch diesmal wieder zu den Attentaten bei, die der im Abwehrkampf befindlichen Ruhrbevölkerung in letzter Zeit so manche Beunruhigung gekostet haben. Auch das Verbrechen [illegible] Parteiorgan in Münster weist auf Spuren hin, die nach bayrischem Ordnungssinn riechen und die in einer Münchener Verbrecherorganisation mündeten. Aber trotz unserer Antipathie gegen diese Kreise müssen wir dem französischen Kriegsgericht in Mainz jedes Recht absprechen, Bluturteile über deutsche Henkersknechte zu fällen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat keine Sinnesgemeinschaft mit denen, die Dynamitattentate und Sprengversuche machen. Sie bekämpft sie in jeder Form und erwartet, daß die deutsche Regierung alles tut, um diesen Störern des passiven Widerstandes entgegenzuwirken. Aber die französischen Kriegsgerichtsurteile haben nicht die Spur eines Rechts für sich. Sie sind Ausfluß nacktester Gewalt. Der französische Militarismus handelt wie seine Brüder in allen Ländern: Er kennt nur eine Richtlinie für seine Wirkung: Das ist Erzwingung eines Kadavergehorsams, ganz gleich, ob ein Rechtstitel seinen Befehlen moralischen Halt gibt oder nicht. Aber das militärische System erzeugt überall als Gegenwirkung Haß und Verachtung. Die neuen Todesurteile werden diese Stimmung in Deutschland gegen den französischen Militarismus noch vermehren. Sie werden die gleiche Stimmung vertiefen gegen die politischen Machthaber in Frankreich, die mit einzelnen Menschenleben wie mit dem Schicksal ganzer Völker ein frivoles Spiel treiben.

Schwere Eisenbahnkatastrophe im Ruhrgebiet.

Attentat oder Unglücksfall?

Auf der für den Kohlentransport nach Frankreich wichtigen Rheinbrücke Duisburg—Hochfeld ereignete sich, als gerade ein Franzosenzug darüber fuhr, eine gewaltige Explosion. Es sind dabei acht belgische Soldaten und zwei deutsche Zivilpersonen ums Leben gekommen. Außerdem wurden etwa 43 Personen verwundet, größtenteils belgische Soldaten. Ein deutscher Verwundeter befindet sich im Marienhospital.

Nach den bisherigen Feststellungen hat sich das Unglück folgendermaßen abgespielt: Als der Personenzug der französisch-belgischen Eisenbahnregie größtenteils mit belgischen Soldaten besetzt, der um 1.04 Uhr nachts den Duisburger Hauptbahnhof verläßt, auf der Rheinbrücke bei Hochfeld ankam, ereignete sich eine gewaltige Explosion, die so stark war, daß in Duisburg die Fensterscheiben erzitterten. Mehrere Wagen des Zuges wurden durch die Explosion zertrümmert. Die Brücke, der Bahnkörper und die Schienen erlitten nur unerhebliche Beschädigungen. Schon um Nachmitten passierte wieder ein Zug der Eisenbahnregie die Brücke.

Wegen des Unglücks ist die Besatzungsbehörde bereits zu den schärfsten Maßnahmen geschritten. Der stellvertretende Bürgermeister von Duisburg, ein Beigeordneter, verschiedene Parteiführer der Landgerichtsbezirkes und eine Anzahl weiterer hervorragender Persönlichkeiten wurden als Geiseln festgenommen. Der verschärfte Belagerungszustand wurde proklamiert. Passierscheine werden von der Besatzungsbehörde nicht mehr ausgegeben. Der Nachtverkehr ist verboten, der Straßenbahn- und Autoverkehr gleichfalls untersagt.

Nach einer Duisburger Meldung der Agentur Havas soll das Unglück auf der Rheinbrücke durch die Explosion eines Gasbehälters verursacht worden sein.

Durch einen Befehl des Generals Degoutte ist für den gesamten Bezirk der Städte Mülheim, Oberhausen und Hamborn wegen der Bombenexplosion auf der Rheinbrücke bei Duisburg der gesamte Verkehr der Straßenbahnen und der Verkehr von Automobilen aller Art sowie von Motorrädern verboten worden. Nur Lebensmittelautos dürfen verkehren. Die Straßenbahnen und die Automobile waren die letzten Verkehrsmittel dieses Gebiets.

Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß der Einbruch der französisch-belgischen Truppen in das deutsche Ruhrgebiet in keinem Vertrag und keinem Rechtsbuch eine Begründung fand, sondern nur in dem Tode der Gewalt, der von je für militärische Ziele Pate gestanden hat. Durch ist sich das ganze deutsche Volk einig. Und seine Meinung von dem brutalen Rechtsbruch in Waffen harrender Mächte, begangen an einem entwaffneten und unter den Folgen des Krieges niedergebrochenen Lande, wird in weiten Kreisen der anderen Kulturvölker voll geteilt, nicht zuletzt auch in den Ländern selbst, deren Truppen widerrechtlich im Ruhrgebiet hier und dort nach Kriegsbrauch handeln. Der passive Widerstand der Ruhrbevölkerung gegen die [illegible] Gewalt hat bisher [illegible] Widerhall gefunden und [illegible] nicht nicht der Fall gewesen, diese Gewaltakte mit dem lebenden deutschen Volke aufzuhalten.

[illegible] alle diese Ausschreitungen sind in Gebieten [illegible] als [illegible] auf Verhältnisse [illegible]

Feststellungen über die Ursachen des neuen Eisenbahnunfalls liegen noch nicht vor. [illegible] um einen Unglücksfall handelt. [illegible] eine große Sprengkatastrophe [illegible] wieder um ein Attentat der [illegible] handelt. Diese [illegible] Verbrechen am gemeinen Volk [illegible] nichts aber ist [illegible] der Ueberfälle oder der [illegible] sämtlichen Behörden der [illegible] schwere Lasten auf sich [illegible] ihrer Freiheit erlangen, [illegible] Elend erdrücken. [illegible] einmal kommen muß, [illegible] gefährdet, es ist [illegible] noch schlechter wird.

Der „Burgfrieden" [illegible] folgende Mahnung an die [illegible]

Das deutsche Volk [illegible] mitteilreich sind [illegible] Vieles geben wieder als [illegible] aber die Ware [illegible] trafer Hunger wüten. Das [illegible] des Reiches wächst ins Uebergroße. [illegible] Völkischen Dr. Mirgs [illegible] scheinen heute fast in [illegible] Dollarkurs vom November 1922 (200) [illegible] Juni 1923 (153.000) [illegible] hat Ursache, sich selbst zu [illegible] um das Elend abzumachen. [illegible] Eine dieser Taten muß [illegible] Grund ihrer Vollmacht [illegible] Tisch machen würde mit denen, die unter [illegible] Maske den passiven Widerstand und [illegible] die Luft sprengen möchten.

Rücktrittsgesuch des polnischen [illegible]

Der polnische Finanzminister [illegible] getreten. Der Staatspräsident hat [illegible] Grabski angenommen und [illegible] ehemaligen Postminister Dubois [illegible]

Die französische belgische Antwort [illegible]

Havas berichtet halbamtlich: [illegible] lungen, die während der belgischen [illegible] gefunden hatten, die Stimmungen [illegible] belgischen und französischen Regierung [illegible] ergeben hatten, die von englischer [illegible] wirkt, sind gestern dem französischen [illegible] den erweiterte Instruktionen [illegible] denen er in anderer Form die [illegible] handlungen fortsetzen [illegible] also in den ersten Tagen [illegible] persönlichen Weisungen [illegible] werden.

Wie der „Matin" berichtet, wird die [illegible] gische Antwort auf den englischen [illegible] send die Ruhr- und Reparationsfragen [illegible] schaftern der beiden Länder [illegible] London formuliert werden. [illegible] scheinlich, daß diese Note [illegible] gierung übermittelt werden [illegible] meinsamen Antwort an [illegible] Antwort günstig [illegible] daß vorher die Räumung [illegible] verlangt und die Ruhrfrage [illegible] gegen tatsächliche Sicherungen [illegible]

Zur politischen Lage [illegible] ver". Wenn die französische [illegible] irgendeine Anzeige [illegible] handlungen [illegible] werden. Nach Poincaré [illegible] dings nicht behaupten [illegible] nicht zugeben, [illegible] Macht das Reich [illegible] troph, den [illegible] allen anderen [illegible] aufzuerlegen [illegible] mung erreichen [illegible] Frankreich [illegible] mühten Verträge [illegible]

Wie [illegible]

flüchtete die am meisten Abgebrannten, die Häuser der anderen wieder aufzubauen. Und als sie es nicht taten, nicht fertig brachten, da bekamen sie Stockschläge auf den leeren Magen, weil sie, ausgehungert zusammengebrochen, allzu ungebärdig im Krampf gezappelt und gestrampelt haben.

Aber kann man mit den Zusammengebrochenen Mitleid haben? In Rußland ist der Geist der Tscheka offizielle Regierungsäußerung, in Deutschland nicht minder offizieller Gesinnungsausdruck derjenigen, die ungehorsame Minister „killen", „erledigen", „umlegen" und wie die schönen Ausdrücke aus dem Vokabular der rein arischen Kultursprachen alle lauten. Deutschland ruft nach Gerechtigkeit gegen Frankreich. Aber sind Erzbergers Mörder bestraft? Ist Fechenbach freigelassen? Ist Ehrhardt ist Roßbach verurteilt? Ist Recht in Deutschland selbst zu finden, in dem Deutschland, in dem ein Oberlandesgericht (das Hanseatische) entschied, der ersuchte Richter habe nicht zu prüfen, ob er von einem rechtmäßigen Gericht ersucht sei; wenn es nur ein Gericht wäre . . . Der Geist von Serajewo und Versailles, der Geist der Berchtold, Ludendorff, Clemenceau, der Geist der Tiger, der Raubtiere: er herrscht auch heute noch diesseits und jenseits der Grenzen; und Europa bricht nieder.

Die Internationale erkämpft das Menschenrecht. Oder, wie der deutsche Dichter Alfred Kerr an Deutschland das Wort richtet: „Was sich an Krieg und Rachsucht regt, wird einst vom starken Arbeitsmann aus Erdenlanden weggefegt, der fängt das Reinemachen an. Einst soll die Welt genesen durch seinen harten Besen." Einst! Wann? Wann endlich?

Die Internationale ist noch ein zarter Sproß. In Rußland, in Italien, in Frankreich, in Amerika (von den kleineren Nationen ganz zu schweigen!) sind die Jahre 1918—1923 Jahre schwerster internationaler Niederlagen der Arbeiterbewegung. In Deutschland hält sich die Front des Proletariats mit Mühe. Nur in England sieht es etwas besser aus — aber auch da ist noch ein weiter Weg bis zum Sieg. Aber die Kenntnis der geringen eigenen Kraft darf nicht zur Verzweiflung, sondern muß zu neuem Anlauf führen; in jedem Lande muß jeder Teil der Internationale dafür sorgen, daß er stark, klug, geschickt und zielsicher wird; und daß der Geist von 1914, der Geist von 1919, der Geist von 1923 bald in der Versenkung verschwinde. Deshalb ist der 28. Juni nicht nur ein Tag der Erinnerung an den Unsinn und die Barbarei der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch ein Tag der Mahnung an das Proletariat: nur dann kann dem „Frieden" der Frieden, nur dann der Not die Rettung folgen, wenn endlich das Einst zum Jetzt wird, wenn endlich die Arbeiter sich den harten Besen verschaffen. Der aber fällt nicht vom Himmel, der will erarbeitet sein — nicht bloß durch Stillhalten, sondern durch Tatkraft und Selbstbeherrschung.

Die Ruhrkredite — ein Panama.

Ueber die Art und die Höhe der Kreditgewährung an die Ruhrindustrie ist bisher selbst dem Reichstag die Kenntnis verweigert worden. Man wußte zwar, daß die Kredite sehr hoch sind, daß sie auf Papiermarkbasis gewährt wurden, und daß sie deshalb nicht nur eine starke Schädigung des Reichs, sondern auch eine der wichtigsten Quellen für die Entwertung der Markfundierungsaktion waren. In der Zeitschrift „Die Weltbühne" werden nun einige Angaben veröffentlicht.

Es soll die Reichsbank ohne Hinterlegung von Reichsschatzwechseln, aber gestützt auf die Garantie des Reichs, einen großen Teil der Ruhrkredite von sich aus gegeben haben. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Hamburg erhielt davon auf nicht wertbeständige Dreimonatswechsel etwa 900 Milliarden Mark (also Wechsel, die in entwertetem Gelde zurückzuzahlen waren! Red. d. „V."). Das Syndikat hat außerdem von der Reichskreditgesellschaft 400 Milliarden Mark erhalten, die erst wertbeständig gemacht werden sollen, und zwar auf der Grundlage des Preises für die Rettförderhalle. Außer diesen rund 1300 Milliarden erhielten die kleineren Syndikate des Kohlenbergbaues besondere Kredite von 15 bis 20 Milliarden. An Privatbanken soll ein Kredit von 400 Milliarden Mark gegeben worden sein. Die Gesamtsumme dieser nicht wertbeständigen Kredite belaufe sich auf über 2 Billionen Mark.

Dazu aber kommen noch die Kredite an die Stahlfinanzierungsgesellschaft. Hier sind die allerkräftigsten Kreise der deutschen Wirtschaft mit einem Male die „allerbedürftigsten". In dieser Stahlfinanzierungsgesellschaft gehören folgende Konzerne: Stinnes, Krupp, Otto Wolff, Haniel, Klöckner, Mannesmann, Stumm, Rombach und Hoesch. Der Kredit beläuft sich auf nicht weniger als 600 Milliarden Mark. Er ist zwar wertbeständig, beruht aber nach fortdauernder Verschlechterung nur noch auf der Basis des Eisenpreises.

Außer diesem großen Kredit für die Schwerindustrie sind noch recht beträchtliche Summen durch die „Hika", „Hilfskasse für gewerbliche Kredite", ausgeliehen. Von den mehr als 100 Milliarden, die die „Hika" ausgegeben hat, ist auch nur ein kleiner Teil, etwa 5—7 Milliarden wertbeständig rückzahlbar. Neben diesen Krediten, von denen das Reich nur einen kleinen Teil wiedersehen wird, laufen die Entschädigungen auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes, die ohne jede Prüfung lediglich auf Grund der Anmeldungen bis zu 80 Prozent ausgezahlt werden. Schließlich verhandeln die Kohlen- und Eisenindustriellen mit der Regierung über den Ersatz der „unproduktiven Ausgaben".

Sind diese Angaben zutreffend, so hat man die Erklärung für die große Flüssigkeit des Geldmarktes und den ungeheuren Ansturm der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie auf den Devisenmarkt. Vom Reich würden dann die Mittel stammen, die gegen die Aktionen des Reiches Verwendung finden. Es erscheint uns unmöglich, daß diese Dinge im Reichstag unerörtert bleiben sollten.

Scharfe Repressalien wegen der Ruhrakte.

Nach neuerlichen Meldungen ist die Eisenbahnkatastrophe bei Duisburg auf ein Sprengstoffattentat zurückzuführen. Der wegen des Attentats über Duisburg verhängte Belagerungszustand ist auch auf Ruhrort, Mülheim, Oberhausen und Hamborn ausgedehnt worden. Die Zahl der bei dem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Brücke ums Leben gekommenen belgischen Militärpersonen hat sich auf 18 erhöht.

Der Armeestab in Düsseldorf gibt bekannt: Wegen des Attentats in Duisburg wird die Giltigkeit aller bis 1. Juli 1923 an deutsche Zivilpersonen erteilten Geleitscheine, Reiseerlaubnisscheine usw. aufgehoben. Das Ueberschreiten der Grenze des ganzen besetzten Gebiets ist für deutsche Zivilpersonen untersagt. Das Verbot gilt für die Dauer von 14 Tagen.

Havas meldet aus Koblenz: Am Eingang des Mainzer Tunnels wurden zwei Bomben mit Zeitzünder gefunden; eine explodierte ohne nennenswerten Schaden anzurichten. Die üblichen Sanktionen wurden verhängt.

Der Papst gegen die Sabotageakte.

Unter dem Eindruck der Nachricht des Eisenbahnunglücks auf der Strecke Duisburg—Hochfeld hat der Papst durch Kardinalstaatssekretär Gaisparri gestern abend das folgende Telegramm an Nunzius Pacelli in Berlin gesendet:

Während der Heilige Vater sich mit seinem Briefe bemühte, die Mächte zu einer wirklichen Verständigung zu führen, und während er bat, alles zu vermeiden, was eine solche Verständigung verhindern könnte, erfahre ich zu meinem lebhaften Schmerz, daß in den besetzten Gebieten Sabotageakte und andere Verbrechen unter der Devise der passiven Resistenz begangen werden.

Seine Heiligkeit beauftragt mich, energische Schritte zu unternehmen, damit die dortige Regierung ein für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteile, so wie der Heilige Vater ihn verurteilt.

gez. Gaisparri.

Die täglichen Todesopfer.

Wegen der Straßensperre von 8 Uhr abends ab haben am Sonnabend in Buer zwei weitere Personen das Leben verloren. Der polnische Staatsangehörige Bostaf wurde kurz nach 8 Uhr abends von einem belgischen Soldaten durch Herzschuß getötet. Das zweite Opfer namens Preußlieb wurde kurz nach 8 Uhr von einer Patrouille bemerkt und bis in das Dachgeschoß verfolgt. Preußlieb flüchtete auf das Dach und sprang in seiner Verzweiflung ab; er erlag seinen Verletzungen kurz darauf. Der Bergmann Pottrof wurde durch Beinschuß schwer verletzt. Ferner wurde eine Reihe von Bürgern wegen kurzer Ueberschreitung der Sperrfrist verhaftet.

Revision des Fechenbach-Urteils.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit der sozialdemokratischen Interpellation über das vor Monaten gefällte Urteil des Münchener Volksgerichts gegen den Journalisten Fechenbach. Dieser wurde hauptsächlich weil er das Telegramm des bayerischen Gesandten am Vatikan, Baron Ritter, veröffentlicht hat, in dem der Vatikan kurz vor Kriegsausbruch das Recht Oesterreichs gegen Serbien die Waffen zu ergreifen, anerkannte, zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Reichstage erklärte gestern der bayerische Gesandte Dr. v. Preger, wenn Fechenbach ein Begnadigungsgesuch einreiche, so werde damit Gelegenheit gegeben, die gesamte Rechtsgrundlage des Urteils nachzuprüfen. Die bayerische Regierung werde in diesem Falle ein Rechtsgutachten des bayerischen Oberlandesgerichts über die Verurteilung Fechenbachs einfordern und dieses Gutachten ihrer Entscheidung in der Rechtsfrage zugrunde legen. Dieser Ausweg, durch den eine Revision des Urteils nicht auf Einschreiten des Reiches, sondern im Wege des Gnadenverfahrens auf Ersuchen des Verurteilten erfolgen würde, wurde auch vom Reichsjustizminister Dr. Heintze als der zweckmäßigste Weg bezeichnet.

Deutschland und Rußland.

Bei einer Besichtigung der Moskauer landwirtschaftlichen Ausstellung gab der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau seiner Anerkennung über die Ergebnisse des großangelegten Ausstellungsbaues Ausdruck und erklärte, die weitgehende deutsche Teilnahme bezeuge den Willen Deutschlands, mit Rußland gemeinsam an dem Wiederaufbau beider Länder mitzuwirken. Die deutsche Teilnahme habe auch politischen Sinn, da die richtige Auffassung der deutschen Wirtschaft von den russischen Verhältnissen zur Erkenntnis der Möglichkeit und der Notwendigkeit einer deutsch-russischen Arbeitsgemeinschaft beitragen werde.

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie. Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband im Reichsarbeitsministerium führten zur Einsetzung eines Schlichtungsausschusses, der einen neuen Schiedsspruch über die Löhne der Metallarbeiter fällen soll. Laut Vossischer Zeitung sind sich die Parteien bei den Verhandlungen soweit entgegengekommen, daß die Streikgefahr als beseitigt angesehen werden kann.

Um die wertbeständigen Löhne. Nachdem die vorbereitenden Besprechungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt sind, tritt noch in dieser Woche eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Kommission zusammen, die unter Leitung des Arbeitsministeriums und unter Hinzuziehung der beteiligten Reichsministerien diese Frage entscheiden soll.

Der politische Mord an dem Studenten Baur geht seiner Aufklärung entgegen. Jetzt ist der bekannte Dr. Ruge unter dem Verdacht der Anstiftung des Mordes verhaftet worden. Dieser Gang der Dinge mußte erwartet werden, nachdem durch den Fuchs-Machhaus-Prozeß bekannt geworden ist, daß Baur kurz vor seiner Ermordung Privatsekretär des Ruge war, in einer Zeit, in der dieser alle Vorbereitungen für seine „Tscheka" traf, ganz nach dem Muster, wie er unter dem Namen „Geheimrat Berger" seinerzeit in Oberschlesien eine Organisation zur Beseitigung mißliebiger Persönlichkeiten eingerichtet hatte. Die Polizei verweigert einstweilen noch Auskunft über die Verhaftung des Dr. Ruge.

Entlarvte Medien.

Von Leo Erichsen.

[illegible]

Sandbank einem Geist materialisierte, ein Kind war Namen Katie King, die Entstehung dieser Materialisation nur den medialen Fähigkeiten der Miß Florence Cook zuschreiben zu können, namentlich nachdem er dem Geist sogar eine Locke hatte abschneiden dürfen. Bei der Unbefangenheit, mit der man gewöhnlich alle Gegenstände untersuchen, werden in der spiritistischen Literatur diese Versuche von Professor Crookes stets als Beweise für eine Geisterwelt angeführt, [illegible] Miß Florence Cook bald darauf eine kläglichste Niederlage erlebte. Sie wurde im Jahre 1880 von dem Berichterstatter Professor Ochorowicz als Betrügerin entlarvt, denn es stellte sich heraus, daß der angebliche Geist Katie King die — leibhaftige Tochter der Dame war und von ihr durch Jahre in einem Keller versteckt gehalten wurde, aber daß sie selbst den Geist darstellte.

Vergeben hat der heutige Vertreter der Tatsachenwissenschaft auf die wunderbare Tatsächlichkeit zum Beispiel die in Crookes' Experimenten [illegible] Gebilde [illegible] Eusapia Palladino [illegible] Maria Theresia und [illegible] Jahre [illegible] Eusapia Palladino 1903, als der Berliner Gelehrte Dr. Moll, während sie wieder ihre Aufführungen spielen ließ, kräftig zwackte und abermals ein Verdoppeln feststellen konnte. Und wieder befand sich unter den Anwesenden eine Anzahl Gelehrter, die von dem „wunderbaren Fluidum" entzückt waren und entsetzt Moll von seinem rohen Vorgehen abhalten wollten, da durch ein solches das Medium, das sich ja in dem Zustande des höchsten Trance und der Ueberempfindlichkeit befand, gestört werden könne". Moll schließt seinen Bericht mit den charakteristischen Worten: „Obwohl ich mich seit 17 Jahren mit dem Spiritismus beschäftigt habe und dabei immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß es bei den Leistungen der Medien sich um wesentlichen um absichtliche Betrügereien handelt, war ich doch etwas stutzig geworden, als man mir von den Wundern erzählte, die sich bei der Palladino begeben und wenn mir die großen Gelehrten nannte, die zu den gläubigen Anhängern dieser Frau gehören. Als ich aber meine Sitzung mit ihr unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen hatte, da blieb für mich als Wunder nur etwas übrig, nämlich der Umstand, daß [illegible] Schwindel auf eine unbeschreibliche Art zustande gebracht."

Echtheit zu untersuchen, die vollkommen objektiv und gleichzeitig imstande sind, Täuschungen auch wirklich als Täuschungen zu erkennen. „Ein Betrug ist gänzlich ausgeschlossen," behauptet von Schrenck-Notzing. Welchen Wert ein solches Urteil besitzt, zeigt schon das letzte Medium von internationalem Ruf, das vor kurzem verstorben ist: Eusapia Palladino. Die berühmte „Gesellschaft für psychische Forschung" in London fällte über diese Frau, nachdem sie sich eingehend mit ihrem Phänomen beschäftigt hatte, ein vernichtendes Urteil. Es wurde festgestellt, daß ihre „Telekinese" (Fernwirkung) darin bestand, daß sie eine Briefwage in Bewegung setzte, und zwar durch ein Pferdehaar, das zwischen den Fingerspitzen beider Hände geschickt gewannt worden war; an diesem Tage aber beobachtete einer der leidenschaftlichsten französischen Vorkämpfer des Spiritismus, Bochos, ein wunderbares Fluidum, das „von den Fingerspitzen der Eusapia ausströmte", dasselbe Fluidum das von Baron von Schrenck und seinen Freunden beobachtet wurde! Der berühmte Professor Münsterberg entlarvte etwas später die Eusapia Palladino, als er feststellte, daß sie ihren nackten Fuß aus ihrem Schuh gezogen hatte und ihn, vermöge einer unglaublichen Gelenkigkeit als dritte Hand benützte.

Das „Sensationelle — Uebersinnliches". Josef Singer.

Danziger Nachrichten.

Konsumgenossenschaften-Werbetag.

Ein internationaler genossenschaftlicher Jahrestag wird am Sonnabend, den 7. Juli, abgehalten werden. Der internationale Genossenschaftsbund, dem konsumgenossenschaftliche Organisationen aller Erdteile angehören, hat unter Zustimmung der ihm angeschlossenen nationalen Genossenschaftsorganisationen beschlossen, einen alljährlichen Fest- und Werbetag einzuführen. Dieser soll den Zweck haben, der ganzen Welt die Geschlossenheit der Genossenschafter und die Leistungsfähigkeit ihrer Organisationen als ein Mittel zur wirtschaftlichen Befreiung und als Bürgschaft für den Weltfrieden darzutun. Die genossenschaftlichen Ideale der Demokratie, der gerechten Verteilung und der gemeinsamen Erzeugung von Gütern durch die Genossenschaften haben in den letzten Jahren so große Fortschritte gemacht und während des Weltkrieges sich solche Anerkennung errungen, daß niemand an dieser wichtigen Wirtschaftsform unserer Zeit achtlos vorübergehen kann. Gegenüber der Bedrückung unseres Volkes durch fremde Willkür, die im Interesse nationaler Kapitalherrschaft erfolgt, ist es nur zu begrüßen, wenn Millionen von Verbrauchern an einem Tage im Jahre ihre gegenseitige Solidarität bekunden. Unter dem Motto: „Einer für und alle für einen" werden die Genossenschaften aufgefordert, am 7. Juli Veranstaltungen zu treffen, die den gemeinsamen internationalen Genossenschaftsgedanken zum Ausdruck bringen. Die Veranstaltungen sollen der Ausdruck der genossenschaftlichen Ideale und der erzielten Erfolge sein. Sie sollen der Ausdruck sein der heißen Sehnsucht breitester Bevölkerungsschichten nach dem Weltfrieden.

Welche kolossale Bedeutung den Konsumgenossenschaften zuerkannt werden muß, geht aus nachstehenden Importzahlen hervor, die von den Großeinkaufsgesellschaften der einzelnen Länder 1922 erzielt und deren Werte in Pfund Sterling ermittelt wurden: England 23 234 492, Schottland 1 667 269, Deutschland 864 883, Schweiz 1 107 105, Tschechoslowakei 582 686, Finnland 687 548, Schweden 372 282, Norwegen 141 424, Frankreich 301 340, Belgien 128 896, Holland 84 403, Polen 22 904, Lettland 85 648, Italien 410. Insgesamt betrug der konsumgenossenschaftliche Import 29 231 290 Pfund Sterling. Das sind nach dem heutigen deutschen Geldstande über 20 110 Milliarden Mark. Der Gesamtumsatz der konsumgenossenschaftlichen Organisationen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betrug 1922: 53 275 975 233 Mark und wurden in eigenen Betrieben der Genossenschaften für 7 126 820 599 Mark Bedarfsartikel hergestellt. Die Verteilung der Waren erfolgte in 8073 Verkaufsstellen und wurden insgesamt 48 836 Personen beschäftigt. Es wurde eine Mitgliederzahl von 3 161 794 erreicht, so daß mehr wie 20 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung allein in dem Zentralverband deutscher Konsumvereine ihre Vertretung haben.

550 000 Mark das goldene Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch Reichsbank und Post erfolgt vom 2. Juli d. Js. ab bis auf weiteres zum Preise von 550 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 275 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 11 000 fachen Betrag des Nennwerts.

Gold- und Papiermark. Gemäß §§ 2, 3 des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Abgaben auf gleitender Grundlage hat der Senat das Verhältnis zwischen Gold- und Papiermark weiterhin wie folgt festgestellt: Der Wert der Goldmark beträgt demnach im Juni 1923 das 7904fache, im Juli 1923 das 15804fache des Wertes der Papiermark.

Fremde Konsuln in Danzig. Der Senat hat die nachgenannten zu Konsuln für das Gebiet der Freien Stadt Danzig ernannten Herren in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen: Herrn Carlos Ribeiro de Faria als Konsul der Vereinigten Staaten von Brasilien und Herrn Morikazu Ida als Konsul des Kaiserreichs Japan.

Ungetreue Angestellte. In den letzten Tagen war Beamten der Schutzpolizei eine in einem hiesigen größeren Hotel angestellte Mamsell dadurch aufgefallen, daß sie immer mit einer gut gefüllten Aktentasche nach Hause ging. Die von der Schutzpolizei vorgenommenen Nachforschungen führten zur Entdeckung von größeren Diebstählen, die bereits seit längerer Zeit von der Mamsell, dem Koch, dem Portier und dem Kellermeister des Hotels ausgeführt worden sind. Der Wert des Diebesgutes beläuft sich auf 4 600 000 Mark.

Wie man billig zu Speiseöl kommt. Von Beamten der Schutzpolizei wurden zwei männliche Personen auf dem Kleinhammerweg gestellt, die Inhaber von Kolonialwarengeschäften Speiseöl zum Verkauf angeboten hatten. Die sofort vorgenommene Haussuchung förderte bei einem der Täter 15 Liter Speiseöl zutage. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das Oel aus dem Hafen durch Anbohren von Fässern entwendet worden ist. Beide wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Für die Ruhrspende.

Die Sammlung des Danziger Heimatdienstes für das deutsche Volksopfer hat folgende weitere Ergebnisse gebracht: v. T. 26 000 Mark, D. B. Fabrik 200 000 Mark, J. W. A. G. 500 000 Mark, V. d. B. (5. bis 10. Rate) 573 263 Mark, Heimatdienst Gr.-Zünder 7800 Mark, W. u. S. 300 000 Mark, O. u. K. 50 000 Mark, Verein Heimattreuer Westpreußen, Danzig, 90 000 Mark, D. A. Z. (15. und 16. Rate) 488 041 Mk., B. f. P. u. S. (12. bis 15. Rate) 390 798 Mark, D in L. 2000 Mark, W. J. in L. 500 Mark, L. K. W. B. D. H. 3 757 200 Mk., Danziger Volksstimme 101 750 Mark, Vortrag Gr.-Zünder 436 260 Mark, S. M. 110 000 Mark und 5 dänische Kronen, G. in S. 10 000 Mark, Sammlung der Arbeiter beim Richtfest des Neubaus der Kunstmöbelfabrik Hansa 238 501 Mark, D. G. und Beamtenschaft 1 786 765 Mark.

Trostlose Zustände auf dem neuen St. Salvatorkirchhof.

Der neue St.-Salvatorkirchhof scheint nicht nur durch seine Abgelegenheit eine ganz besondere Anziehungskraft auf allerhand Diebesgesindel auszuüben, sondern auch dadurch, daß der Zaun, teilweise vollständig verfault und umgefallen, kein Hindernis bietet für das schmutzige „Gewerbe" einzelner Leute. Fast täglich hört man Klagen über ausgerissene oder abgeschnittene Blumen, die sehr oft von Leuten gepflanzt sind, die sich das Geld dazu vom Munde absparen mußten. Wenn die Kirchenbehörde für das kleine Stückchen Erde recht beträchtliche Summen einstreicht, ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, für die Erneuerung oder Erhaltung des Zaunes zu sorgen, und zwar eines Zaunes, der genügenden Schutz bietet. Ganz selbstverständlich ist es auch, daß für Reinlichkeit und Ordnung auf dem Kirchhof gesorgt werden muß. Ganz energisch muß ferner verlangt werden, daß Kindern ohne Begleitung Erwachsener der Zutritt zum Kirchhof verboten wird. Wer das Grab eines seiner heimgegangenen Lieben zu schmücken hat, kann verlangen, daß der Platz genügend geschützt wird. Hoffentlich wird die zuständige Kirchenbehörde in kürzester Zeit Abhilfe schaffen.

Die Ergebnisse der Faustballspiele.

Die bisherigen Faustballspiele der Arbeitersportler zeugen von einer Gleichwertigkeit der Mannschaften, so daß oft Glück der ausschlaggebende Faktor ist. So mußten sich Praust und Schidlitz eine Niederlage von Danzig 2 gefallen lassen. Wenn auch nur einige Punkte, so doch immer ein großer Riß für die Meisterschaft. Leider haben spielstarke Mannschaften ihre weitere Teilnahme bereits durch Nichtantreten verloren. Dasselbe gilt für die Sportlerinnen. Danzig und Bürgerwiesen haben sich aus diesen [illegible] 68 : 48. Bürgerwiesen 2—Ohra, beide [illegible] verloren. Bürgerwiesen 2—Praust, letztere kampflos gewonnen. Ohra—Bürgerwiesen 1 und Schidlitz—Bürgerwiesen 1, Ohra und Schidlitz kampflos gewonnen. Praust—Danzig 2 74 : 78. Praust—Ohra 76 : 86. Bürgerwiesen 3—Schidlitz und Danzig 2, letztere beiden kampflos gewonnen. Schidlitz—Danzig 2 78 : 76. Danzig 3—Praust 74 : 76.

Am 4. Juli treffen sich Danzig 2—Danzig 3 um 6 Uhr und Danzig 2—Ohra um 7 Uhr auf dem Heinrich-Ehlers-Platz. Am 7. Juli Ohra—Schidlitz um 6 Uhr, Danzig 1—Danzig 2 um 6.40 Uhr und Danzig 1—Langfuhr um 7.30 Uhr, ebenfalls auf dem Heinrich-Ehlers-Platz.

In der Turnerinnenklasse spielen am 4. Juli: Schidlitz 1—Bürgerwiesen 2 um 6.30 Uhr, Danzig—Bürgerwiesen 3 um 7.30 Uhr auf dem Bischofsberg. Am 7. Juli: Bürgerwiesen 1—Langfuhr und Bürgerwiesen 2—Langfuhr in Bürgerwiesen.

Der am Sonntag auf dem Heinrich-Ehlers-Platz stattfindenden Musikprobe der Freiübungsturner wegen bleibt der 8. Juli spielfrei. Die auf diesen Tag fallenden Spiele werden bereits am Sonnabend ausgetragen.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Die Weltkonjunktur. Die Auswirkungen der Ruhrbesetzung machen sich in ganz Europa bemerkbar. Ueberall wird durch den Ausfall der deutschen Produktion die Konjunktur belebt, und die Zahl der Arbeitslosen verringert sich. In England sind die Lebensmittel weiter im Preise gesunken, Kohle und Eisen sind gestiegen. In Frankreich ist mit der Besserung des Frankenkurses der Preis für Kolonialwaren gesunken. Auch die inländischen Nahrungsmittel sind billiger geworden, Kohlen und Metalle sind weiter scharf nach oben gegangen. In Schweden sind alle Preise auf dem Kohlen- und Metallmarkt weiter nach oben gegangen. In der Schweiz läuft mit dem Rückgang der Preise der landwirtschaftlichen Grundstoffe eine Steigerung der Preise der industriellen Roh- und Betriebsstoffe. In den Vereinigten Staaten sind die allgemeinen Lebensbedürfnisse im Preise gestiegen, Kohle und Koks sind gesunken, Metalle gingen nach oben.

Preisrückgang am Weltgetreidemarkt. Auf dem Weltgetreidemarkt beobachteten wir in letzter Zeit einen kleinen Preisrückgang, weil die Welternte vermutlich günstig ausfallen wird. Auch ist die Anbaufläche für Getreide, besonders in Rußland und Frankreich größer geworden, so daß eine starke Ausfuhr in Aussicht steht. Dieses Sinken der Weltmarktpreise für Getreide ist zweifellos eine erfreuliche Erscheinung. Leider merken wir in Danzig nichts davon, weil hier die Preise ständig höher gehen, anstatt daß sie sinken. Für die Volksernährung sind dies sehr traurige Aussichten. Es gewinnt den Anschein, als wenn bei uns in Danzig die Teuerung zu einem unabwendbaren Schicksal werden sollte.

Wasserstandsnachrichten am 3. Juli 1923.

	1. 7.	2. 7.
Zawichost	+1,33	+1,61
	1. 7.	2. 7.
Warschau	+1,39	+1,50
	1. 7.	2. 7.
Plock	+0,94	+ .
	2. 7.	3. 7.
Thorn	+0,94	+0,96
Fordon	+0,88	+0,90
Culm	+0,83	+0,87
Graudenz	+0,96	+0,97

Kurzebrack	+1,32	+1,31
Montauerspitze	+0,82	+0,80
Piekel	+0,72	+0,70
Dirschau	+0,88	+0,85
Einlage	+2,50	+2,50
Schiewenhorst	+2,72	+2,68
Nogat:		
Schönau O. P.	+ .	+6,70
Galgenberg O. P.	+4,36	+4,42
Neuhorsterbusch	+2,22	+2,22
Anwachs	+ .	+ .

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil i. V. Franz Adomat, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Deutscher Verkehrsbund.
Ortsverwaltung Danzig.

Nachstehende Kollegen hat unsere Organisation im II. Quartal 1923 durch den Tod verloren:

1. **Johann Eichholz**, Handelshilfsarbeiter
2. **Friedrich Gerlach**, Speicherarbeiter
3. **Gustav Prinz**, Handelshilfsarbeiter
4. **Gustav Hiebert**, Speditionsarbeiter
5. **Felix Semrau**, Hafenarbeiter
6. **Paul Fohrnai**, Hafenarbeiter
7. **Paul Wohlert**, Hafenarbeiter
8. **Karl Römer**, Hafenarbeiter
9. **Paul Wischnewski**, Hafenarbeiter
10. **Anton Rutinowski**, Hafenarbeiter
11. **Gustav Heinrichs**, Hafenarbeiter
12. **Max Nitsch**, Weichselholzarbeiter
13. **Hermann Norden**, Weichselholzarbeiter
14. **Heinrich Groth**, Weichselholzarbeiter
15. **Karl Berendt**, Weichselholzarbeiter
16. **Gottlieb Schulz**, Weichselholzarbeiter
17. **Eduard Klewe**, Weichselholzarbeiter
18. **Johann Eckermann**, Weichselholzarb.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.
i. A.: E. Werner.

(765

Amtliche Bekanntmachungen.

Notgeld der Stadtgemeinde Danzig.

Auf Grund des Zusatzgesetzes betr. die Ausgabe von Notgeld vom 30. Juni 1923 werden in den nächsten Tagen weitere Notgeldscheine der Stadtgemeinde Danzig in Werten von 50 000 Mark mit Datum vom 20. März 1923 ausgegeben.

Ein Teil dieser Scheine gleicht in Ausführung und Farbe der bereits im Verkehr befindlichen ersten Ausgabe. Bei dem Rest der Auflage ist die Ausführung zwar die gleiche, die Farben sind jedoch für den Unterdruck in gelblichgrau, für den Aufdruck in braunschwarz gehalten.

Es wird darauf hingewiesen, daß auch diese Notgeldscheine gesetzliche Zahlungsmittel sind und daß alle bisher ausgegebenen Serien einstweilen noch weiter im Verkehr bleiben.

Danzig, den 2. Juli 1923. (10073

Der Senat.
Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Dienstag, den 3 Juli, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1.

Johannisfeuer

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. In Szene gesetzt von Carl Kliewer. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9½ Uhr.

Mittwoch, den 4. Juli, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. „Das Glück im Winkel". Schauspiel.

Donnerstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr: Letzte Vorstellung im Abonnement A. „Ein Walzertraum". Operette.

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 (10071

Achtung! Heute! Achtung!
Der große amerik. Sensations-Film!
(Brass Bullet)
„Das Panzergeschoß"
Eine abenteuerliche Angelegenheit in 6 Episoden, 36 Akten.
1. Episode: **Ein kompliziertes Vermächtnis**
2. Episode: **Heirat wider Willen**
12 große, äußerst spann. u. sensationelle Akte.
Ferner: Der große Lustspielschlager:
Chaplin als Stütze der öffentlichen Ordnung
2 Akte.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Möbel aller Art
Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
sehr preiswert zu verkaufen.
C. Ottenberg, Tischlermeister
Mausegasse 1. Telephon 6522. 9799

Felle aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen 9494
Franz Boss
Holzmarkt 5 — Langfuhr, Hauptstr. 124.

Maurer
stellt ein Hans Bohm, Baugeschäft.
Meldungen Baustelle Zigankenberg. (10072

Anfertigung aller
Drucksachen
für behördlichen und privaten Bedarf

Massenauflagen in Rotationsdruck	Moderne Plakate in kürzester Frist

Buchdruckerei J. Gehl & Co.
(„Danziger Volksstimme") Danzig, Am Spendhaus 6

Starker, vierräd. Handwagen 10 Ztr. tragfähig zu kaufen gesucht. Lindenhausnerweg [illegible] Tr. (†

Gebrauchtes Fahrrad
Torpedofreilauf, zu verkf. Steg, Petershagen 28/30, 1 Tr. (†

1 gr. Fleischmaschine
zu verkaufen (†
Hakelwerk 11.

Jung. Schäferhund
mit Stammbaum, gr. Sorte, zu kaufen gesucht. Offert. mit Preisang. u. V. 1494 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

Oien für Sägespaneuerung
sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. 1495 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Holzwanne
zu kaufen gesucht. Offert. unter B. 100 an die Exp. der Volksstimme (†

Preise
für getragene Herren- u. Damen-Sachen, sowie Möbel, ganze Nachlässe u. Bodenrumpel. (10013
Meta Salonke, Fischergasse 18.

Gebrauchte Möbel jeder Art
kauft zu höchsten Preisen (10012
Seitz, Fischergasse 11.

Leeres Zimmer
mit auch ohne Kochgelegenheit gesucht. Boden- od. Kellerzimmer auch angenehm. Angeb. unt. V. 1493 an d. Exped. d. Volksstimme. (†

Schlafstelle gesucht.
Offerten unt. Nr. 1497 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Nathan Sternfeld

Das größte moderne **Kaufhaus** des Freistaats

Danzig — **Filiale Langfuhr**

Breitgasse 8-9
Fernruf 3283

Seidel's

Täglich: Künstler-Konzerte

CAFE
U. KONDITOREI
MOKKA-SALON
KRISTALL-DIELE
BAR

Werner

Das Haus für Qualitäts-Schuhwaren
Danzig: Große Wollwebergasse 3 und Langgasse 10
Langfuhr: Hauptstraße 117 – **Zoppot:** Seestraße 37.

Prima **Hollandiche Melange Nr. 2**

M. H. Hasse Nachf., Danzig,
ZIGARREN- U. TABAK-FABRIKEN

Der wundervolle Edel-Likör!!

Gondadiktiner

Ueberall erhältlich!

Fabrik Danziger Liköre
Friedrich & Gonda
Danzig, Burgstraße 8
Telefon 635

Hotel Danziger Hof

Größtes Haus am Platze

Wintergarten :: Tanzpalais

Elegantes Weinrestaurant — Fockingstube

Künstlerspiele
Erstklassiges Kabarett

Bonbonniere
Größte u. eleganteste Bar im Freistaat

Restaurant Junkerhof

Telephon 5198 — **Felix Peter** — Jopengasse 16

Gute Küche :: Gepflegte Biere
Festsäle für Gesellschaften ::

Konditorei und Café Sturm

Heilige Geistgasse 23
:: Fernruf 1526 ::

Jeden Sonntag
Große Allee 10 — im eleganten Kabarettsaale

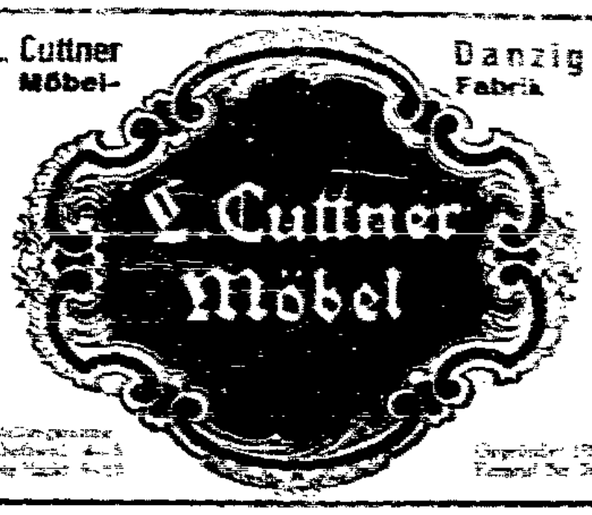
8-UHR-BALL

Großes russisches Ballorchester

Im Café: Täglich ab 4 Uhr
SOLISTEN-KONZERT
mit Danny Beulshausen, Komponist

L. Cuttner
Möbel-

Danzig
Fabrik



Herren-Bekleidung

kauft man **gut** und **billig** bei

W. Riese

Breitgasse Nr. 127 — **Breitgasse Nr. 127**

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! — **Ohne Gewähr!**

(B) **Danziger Fernverkehr**

Danzig Hbf.—Dirschau und zurück.

Danzig ab 3[illegible], 6[illegible], 7[illegible], 9[illegible] D, 10[illegible], 10[illegible], 1[illegible], 2[illegible] T, 3[illegible] D, 4[illegible], 6[illegible] D, 6[illegible] D, 6[illegible], 7[illegible], 8[illegible] D, 8[illegible], 10[illegible], 11[illegible].
Dirschau an 4[illegible], 7[illegible], 8[illegible], 10[illegible] D, 11[illegible], 11[illegible], 2[illegible], [illegible] T, 4[illegible] D, 5[illegible], 6[illegible] D, 7[illegible] D, 7[illegible], 8[illegible], 8[illegible] D, 9[illegible], 11[illegible], 1[illegible].

Danzig Hbf.—Praust—Karthaus und zurück.

Danzig	ab	5[illegible]	5[illegible]	2[illegible]	9[illegible]	Karthaus	ab	5[illegible]	8[illegible]	2[illegible]	7[illegible]
Praust	ab	5[illegible]	9[illegible]	2[illegible]	10[illegible]	Praust	ab	7[illegible]	10[illegible]	4[illegible]	9[illegible]
Karthaus	an	7[illegible]	11[illegible]	4[illegible]	12[illegible]	Danzig	an	7[illegible]	10[illegible]	4[illegible]	9[illegible]

Danzig—Hohenstein—Berent und zurück.

3[illegible]	7[illegible]	1[illegible]	7[illegible]	ab	Danzig	an	8[illegible]	11[illegible]	3[illegible]	11[illegible]
5[illegible]	8[illegible]	3[illegible]	9[illegible]	ab	Hohenstein	ab	7[illegible]	10[illegible]	2[illegible]	11[illegible]
7[illegible]	10[illegible]	5[illegible]	11[illegible]	an	Berent	ab	4[illegible]	8[illegible]	12[illegible]	5[illegible]

Danzig-Altemühle-Karthaus u. zurück. Danzig ab 4[illegible], 2[illegible], Altemühle ab 6[illegible], 4[illegible], Karth. an 7[illegible], 4[illegible]. — Karth. ab 5[illegible], 3[illegible], Altem. ab 6[illegible], 4[illegible], Danzig an 7[illegible], 6[illegible].

Es bedeuten: D=D-Zug, T=Triebwagen.

Damenkonfektion

Wäsche, Strumpfwaren, Trikotagen
in guten Qualitäten und zu billigen Preisen
kauft man in

Stadtfiliale: Heilgeistgasse, Ecke Langgasse, Langgarten 1, III Damm 19
Langfuhr: Hauptstraße 115 und Stengerstraße 47
Oliva und Zoppot

Größtes Geschäft der Branche am Platze, daher günstige Bedingungen

---

Photohaus Schilling & Co. G. m. b. H.

Dominikswall 6 — **DANZIG** — Holzmarkt 12/14

Kameras, Objektive, Photo-Papiere, Platten, Filme
Erstklassige Fabrikate

Ankauf — **UHREN** — Verkauf
JUWELEN · PERLEN
GOLD- UND SILBERWAREN
Langgasse Nr. 28 — **J. Neufeld & Söhne** — Große Wollweberg. 20

Johannes Husen Nflgr.

Danzig, Häkertor

Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
Textilwaren, Trikotagen, Herrenstoffe

Alexander Barlasch

DANZIG, Fischmarkt 35
Arbeiter - Konfektion
Textilwaren jeder Art
in nur reellen Qualitäten.

Max Hirsch & Co.

I. Damm Nr. 2

Haus für eleg. Herrenbekleidung

Tragen Sie Salamander-Stiefel!

Jedes Paar ist aus bestem Material angefertigt
Sie sind damit zufrieden und

sparen Geld!

Niederlassung: DANZIG, Langgasse 2

Danziger Nachrichten.

Danziger Finanzfragen in Genf.

Anleihe und Währung.

Der stellvertretende Präsident des Senats Dr. Ziehm machte gestern im Hauptausschuß nach seinen gestern mitgeteilten Ausführungen zu den neuen polnischen Anträgen beim Völkerbundrat über das Verhältnis Danzigs zu Polen Mitteilung von nachstehendem Beschluß des Finanzausschusses in Genf vom 25. Juni 1923 über die Danziger Finanzlage und über den Plan einer Währungsreform:

1. Der Finanzausschuß stellt fest, daß dank seiner Schritte und der des Rats des Völkerbundes der Wiedergutmachungsausschuß in Beantwortung der Bitte um Priorität für eine Anleihe von 500 000 Goldmark am 18. Mai folgende Erklärung abgegeben hat:

„Um in dem Maße, wie dies von ihm abhängt, den Abschluß von Finanzgeschäften, die der Völkerbund für notwendig erachten könnte, zu erleichtern, beansprucht der Wiedergutmachungsausschuß keine besonderen Pfänder für seine Forderung."

Diese Antwort könnte, so wie sie lautet, nach Ansicht des Ausschusses als Grundlage für Verhandlungen dienen, die die Freie Stadt Danzig sofort mit den eventuellen Darleihern aufnehmen müßte.

Wenn in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen zu einem bestimmten Vorschlag geführt haben würden, besondere Schwierigkeiten bezüglich der Forderung des Wiedergutmachungsausschusses entstehen, dann könnte der Finanzausschuß auf Ersuchen der Freien Stadt seine guten Dienste anbieten, um die Behebung dieser Schwierigkeiten zu versuchen.

2. Der Finanzausschuß empfiehlt dem Rat des Völkerbundes, einen weiteren Schritt bei der Botschafterkonferenz zu unternehmen, damit diese, soweit sie in Betracht kommt, der Aufnahme einer Anleihe über 500 000 Goldmark, die von der Freien Stadt Danzig beabsichtigt wird, kein Hindernis in den Weg legt, damit die zur Sicherheit der Anleihe erforderlichen Pfänder völlig frei werden.

3. Dem Finanzausschuß ist von Herrn Dr. Volkmann eine Erklärung unterbreitet worden, in welcher dieser darlegt, wie sehr die Unsicherheit der Lage Danzigs im Hinblick auf die auswärtige Politik allen Anleiheverhandlungen schadet.

Da der Finanzausschuß weder die erforderlichen Informationen noch Befugnisse hat, diese politische Lage zu beurteilen, so erlaubt er sich, den Rat darauf aufmerksam zu machen, daß Verhandlungen zum Zwecke eines Kreditgeschäftes von Danzig nur in der Voraussetzung der Stabilität der der Freien Stadt durch den Vertrag von Versailles zuerkannten Stellung geführt werden können.

4. Der Finanzausschuß ist der Meinung, daß der Plan einer Währungsreform, der von Herrn Dr. Volkmann mündlich dargelegt wurde, in großen Zügen dem beabsichtigten Zweck entspricht, nämlich der Gesundung der Finanzlage der Freien Stadt Danzig. Dieser Weg wurde übrigens von dem Finanzausschuß in seiner Tagung von August-September 1922 empfohlen.

Der Ausschuß ersucht Herrn Dr. Volkmann, baldmöglichst dem Sekretariat einen ausführlichen Entwurf der vorgesehenen Währungsreform zuzusenden.

Danzigs Kartoffelkatastrophe.

Seit etwa einer Woche sind in Danzig die Kartoffeln vom Markt verschwunden. Von Geschäft zu Geschäft eilen die Hausfrauen, um einige Pfund dieser nur schlecht zu entbehrenden Früchte zu erhalten. In der Regel ist dies vergeblich, wenn sie nicht über die berüchtigten „guten Beziehungen" verfügen. Wer wirklich Kartoffeln erhält, muß dafür Wucherpreise bezahlen. 1000 Mark für ein Pfund werden verlangt und von den bedrängten Hausfrauen schweren Herzens bezahlt. Wer in der Stadt keine Kartoffeln bekommt, fährt wieder wie zur schlimmsten Hungerzeit des Krieges aufs Land, um hier sein Glück zu versuchen. Die Hamsterfahrten werden wieder üblich, trotz der hohen Fahrpreise. Die oft schwer beladenen Heimkehrer zeigen, daß auf dem Lande noch Kartoffeln vorhanden sind. Sie werden entweder zu Spiritus verbrannt oder als Viehfutter verwandt. In der Stadt mögen sie hungern, sich mit Mehlklößen und teurem markenfreien Brot den knurrenden Magen füllen.

Es ist stadtbekannt, daß wir in Danzig eine Kartoffelnot haben, aber keine Behörde tut etwas, um diese zu beheben. Der Senat sieht untätig zu, trotz der immer größer werdenden Erbitterung der Bevölkerung. Wir haben aber noch nichts davon gehört, daß der Ernährungssenator Maßnahmen trifft, um Ersatznahrungsmittel zu verbilligten Preisen an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Ebenso noch nichts von dem Erlaß eines Kartoffelbrennverbots. Sicherlich sind von der letzten Rekordernte noch Kartoffeln im Freistaat vorhanden, sogar noch soviel, daß sie waggonweise nach dem Ausland verschoben werden können.

Schmählich versagt in diesen Tagen der Kartoffelhandel, der früher nicht genug betonen konnte, daß in der „freien Wirtschaft" billige und genügende Kartoffelmengen zu haben sein werden. Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln wie aller anderen Lebensmittel sicherte den Massen in den Städten und Industriezentren wenigstens ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln. Aber da die öffentliche Bewirtschaftung den Profit beschnitt, deshalb war sie allen am Profit interessierten Kreisen ein Greuel. Der Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung und für den freien Handel wurde unter der Parole geführt, daß die Freiheit der Wirtschaft dem Volke wieder reichlich und billig Nahrungsmittel und selbstverständlich auch billige und reichliche Kartoffeln bringen würde. Wir erleben jetzt den Segen, den die freie Wirtschaft gebracht hat: unerschwingliche Preise für Kartoffeln, das „Brot des armen Mannes".

Zweifellos werden große Mengen Kartoffeln zurückgehalten, um auch für die Frühkartoffeln und für die bald kommende Herbstversorgung Phantasiepreise für dieses unentbehrliche Volksnahrungsmittel zu erzielen.

Wir erwarten vom Senat und auch von der Polizeibehörde, daß endlich etwas geschieht, um diesen haarsträubenden Zuständen ein Ende zu machen, damit Verzweiflungsausbrüche der hungernden Bevölkerung vermieden werden.

Schwindel. In Nr. 187 der „Gazeta Gdańska" vom 21. Juni findet sich eine Notiz, nach welcher im Danziger Krematorium die Leichen ohne Sarg verbrannt werden sollen. Das polnische Blatt führt dann weiter aus, daß die Protestanten, denen es ganz gleichgültig ist, ob ihre Angehörigen verbrannt oder begraben werden, sich lieber verbrennen ließen, weil es billiger sei; während die Katholiken und gläubigen Protestanten gezwungen seien, mindestens 300 000 Mark für die Beerdigung mehr zu bezahlen. Demgegenüber ist festzustellen, daß keine Leiche im Krematorium ohne Sarg eingeäschert wird. Wohl werden, wie das auch in anderen Städten geschieht, bei der Einäscherung Einsatzsärge verwendet, die aber im Aussehen und Verarbeitung vollkommen anderen Särgen entsprechen und während der Trauerfeierlichkeit in einen Prunksarg, der nicht verbrannt wird, hineingesetzt werden.

Zinsfreie Darlehen für Beamte. Im Deutschen Reich und in Preußen werden den Beamten und Angestellten zinsfreie Darlehen zur Beschaffung von Brennstoffen gewährt. Die Beträge sind ratenweise, spätestens am 3. April 1924 zurückzuzahlen. In einer kleinen Anfrage an den Senat wird betont, daß die rechtzeitige Beschaffung von Brennmaterial in Danzig besonders schwierig ist, und daß die Beamten aller Gruppen die erforderlichen Geldmittel hierzu nicht besitzen. Der Senat wird deshalb gefragt, ob er bereit ist, dem Beispiel Preußens und Deutschlands zu folgen.

Vereinigte Sozialdemokr. Partei Danzig Stadt

Bezirksversammlungen

Mittwoch, den 4. Juli, abends 7 Uhr:

3. Bezirk (Neufahrwasser) im Restaurant „Zum Leuchtturm",
4. Bezirk (Schidlitz) bei Steppuhn, Karthäuser Straße.

Donnerstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr:

2. Bezirk (Altstadt) in der Handels- und Gewerbeschule, An der großen Mühle.
10. Bezirk (Langfuhr) im Hotel Werdertor.
11. Bezirk (Heubude) bei Schönwiese, Heidseestraße.
13. Bezirk (Lavential) im Laventaler Hof.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Wohnungsbauabgabe.
2. Bezirksangelegenheiten.

Redner: Abgeordnete Dr. Bing, Beyer, Fischer, Leu, Dr. Müller, Karschewski.

Zahlreicher Besuch erbeten.

Der Landesvorstand.

Ein typischer Fall.

Der Nutzen der Sozialen Bauhütte.

Das frühere Exerzierhaus in Neufahrwasser soll für Zwecke der Feuerwehr umgebaut werden. Um die Arbeiten bewarben sich in der öffentlichen Ausschreibung 21 Danziger Firmen, die folgende unterschiedliche Preisforderungen stellten: Heeschen 132 105 550 Mark, A.-G. für Bauausführungen 75 597 800 Mark, Eggers u. Co 108 094 635 Mark, Prochnow 107 270 500 Mark, Falk, Berg u. Co. 128 410 000 Mark, Lawerenz 116 273 400 Mark, Schwinge 76 777 800 Mark, Jürgen Brandt 95 243 500 Mark, **Bauhütte 73 157 850 Mark**, H. Gorkenant 98 587 000 Mark, Alex 83 456 000 Mark, O. Patett 99 949 450 Mark, F. Krüger 110 450 000 Mark, H. Berens 87 932 402 Mark, Freier u. Müller 123 725 500 Mark, Ostrowski-Oliva 47 689 450 Mark, Dingfeld 146 140 100 Mark, Hackbarth u. Co. 108 698 800 Mark, Martschinke 126 266 000 Mark, Nierczalewski 83 342 000 Mark, O. Siegemann 133 467 000 Mark, H. Behm 137 314 775 Mark.

Gegenüber der Höchstforderung blieb demnach die soziale Bauhütte um die Hälfte zurück, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß schon allein die Teilnahme der Bauhütte an dem Wettbewerb stark preisreduzierend wirkte. Die Ausführung der Arbeiten wurde der Bauhütte übertragen, wodurch für den Stadtsäckel und damit für die Allgemeinheit eine beträchtliche Ersparnis erzielt wurde.

Neue Löhne im Baugewerbe.

Durch Schiedsspruch des Tarifamtes wurden die Löhne im Baugewerbe neu geregelt und beträgt der Stundenlohn:

	v. 21.-27.	v. 28.6.-4.7.
für einen Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton	7000 Mk.	7800 Mk.
für einen Zementarbeiter	6800 Mk.	7600 Mk.
für einen Bauhilfsarbeiter	6500 Mk.	7200 Mk.
für einen Erd-, Tiefbau- und Platzarbeiter	6350 Mk.	7100 Mk.
für einen jugendl. Arbeiter von 15—17 J.	1900 Mk.	2100 Mk.
für einen jugendl. Arbeiter unter 15 J.	1500 Mk.	1650 Mk.

Dieser Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen.

Für die Wasserbaubediensteten

sind mit Wirkung vom 14. Juni folgende neue Löhne vereinbart worden: Klasse 1 6416 Mark, Klasse 2 5156 Mark, Klasse 3 6048 Mark, Klasse 4 5733 Mark, Klasse 5 5622 Mark, Klasse 6 5520 Mark, Klasse 7 5375 Mark, Klasse 8 a 3495 Mark, Klasse 8 b 4035 Mark. Die Frauenzulage beträgt 360 Mark pro Stunde. Die Kinderzulage 540 Mark pro Stunde. Der Lohn für die Lehrlinge ist wie folgt festgesetzt: Im 1. Lehrjahre 840 Mark, im 2. Lebensjahre 1060 Mark, im 3. Lehrjahre 1310 Mark, im 4. Lehrjahre 1630 Mark.

Für das Graveur- und Ziseleurgewerbe

ist eine Lohnvereinbarung für das ganze Reich getroffen worden. Ab 2. Juli werden danach in Danzig folgende Stundenlöhne gezahlt: Im Jahre nach der Lehre 6600 Mk., bis zum Alter von 22 Jahren 7200 Mark, über 22 Jahre bis 24 Jahre 7500 Mark, über 24 Jahre 7900 Mk. Hilfsarbeitern werden in den vorgenannten Altersstufen 6300, 6800, 7100 und 7500 Mark Stundenlohn gezahlt.

Drohender Eisenbahnerstreik in Polen.

Von seiten der Eisenbahner, besonders der Arbeiter der mechanischen Werkstätten in Warschau, wird eine lebhafte Agitation für den Generalstreik betrieben. Morgen soll ein Vollzugsausschuß für den Streik zusammentreten. Das polnische Arbeitsministerium hat sich bereits heute in einer Sondersitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Auch in Danzig herrscht in den Kreisen der Eisenbahner eine bedenkliche Erregung wegen der säumigen Gehaltszahlung. Die Mehrzahl der Eisenbahner hat bisher noch nicht die Teuerungszuschüsse für Juni erhalten. Mit der Gehaltszahlung für Juli hapert es ebenfalls, was zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahner durchaus nicht beiträgt.

Notgeldscheine zu 50 000 Mark werden in diesen Tagen wieder in den Verkehr gebracht werden. Ein Teil dieser Scheine gleicht in Ausführung und Farbe den bereits im Verkehr befindlichen. Bei dem Rest der Auflage ist die Ausführung zwar die gleiche, die Farben sind jedoch für den Unterdruck in gelblich-grau, für den Aufdruck in braunschwarz gehalten. Auch diese Notgeldscheine sind gesetzliches Zahlungsmittel, weshalb die Eisenbahnverwaltung aus kleinlicher Schikane sich weigert, die Scheine in Zahlung zu nehmen.

Tradition.

Unlängst besuchte ich einen Kunstgärtner. Als ich mit ihm in der Stube saß, fielen mir zwei Bilder auf, die rechts und links vom Spiegel hingen. Das eine war das bekannte schöne bunte Soldatenbild „Zur Erinnerung an meine Dienstzeit" mit dem famosen Verschen: „Und ruft hinaus das Vaterland . . !" Auf dem anderen war das „Vaterland" oder — was ja dasselbe ist — S. M. Wilhelm der Zweite selbst in Lebensgröße dargestellt.

Er lächelte verlegen, zuckte die Achseln und antwortete: „Ja, ich habe es meiner Frau auch schon gesagt, sie soll die Bilder raushängen. Sie läßt aber in diesem Punkte einfach nicht mit sich reden, und um des lieben Friedens willen bin ich still. Versuchen Sie es doch mal bei ihr. Vielleicht haben Sie mehr Glück!"

Ich tat es und bekam zur Antwort: „Die Bilder hängen nun schon lange da und sind bis jetzt schön gewesen, die bleiben eben da."

Gegen diesen Machtspruch war nichts zu machen. Es half nichts, daß ich der Frau unter Zustimmung ihres Mannes die „Freuden" der „Dienstzeit" vor Augen führte, es half nichts, daß ich an ihren Jungen erinnerte, der im Krieg schwer verwundet worden war. Sie gab mir in allem recht, brachte aber zum Schluß immer wieder ihr durchschlagendes „sie bleiben eben da!"

Manch einer wird fragen: „Warum solche Aufregung um ein paar Bilder. Schließlich sind ja Bilder nur Bilder und haben nicht viel zu bedeuten." Gewiß, Bilder sind zunächst nur Bilder, sie sind ganz harmlose Dinge, die keinem etwas zu Leide tun. Aber Bilder sind bisweilen auch Symbole, und als solche haben sie viel zu bedeuten. Und die Macht, die jene Arbeiterfrau hindert, die Symbole der Knechtschaft aus ihrer Stube zu werfen, ist die Tradition. Sie muß rücksichtslos bekämpft werden, denn sie ist eine gefährliche Macht. Die Tradition ist der Todfeind des Revolutionärs. Sie haßt alles Neue, allen Fortschritt, sie anerkennt nur das Gewesene. Wie klüssiger Leim hängt sie sich niederziehend und hemmend an die Glieder des Menschen und erstickt jede entschlossene Tat. Sie raubt dem mutigsten Menschen den Willen zum Handeln mit ihrem einzigen, immer wiederkehrenden Argument: „Das ist althergebracht." Die Tradition kennt kein rücksichtsloses „entweder — oder", sie liebt das Paktieren und Beiseitetreten. Sie will, daß der Sohn so handelt, wie Vater und Großvater gehandelt haben, daß alles fein und ungestört im alten „bewährten" Geleise weitertrottet. Revolution und Tradition sind zwei Todfeinde, zwei Gegensätze, die sich nie vereinen lassen. Darum immer wieder: Kampf gegen die Tradition! Das soll aber durchaus nicht heißen „Verachtung und Geringschätzung des Vergangenen." Ich kann das Gewesene voll und ganz anerkennen, aber deswegen brauche ich mich noch lange nicht ihm unterzuordnen. Unterordnung jedoch verlangt die Tradition, und sie hat zu allen Zeiten willige Sklaven gefunden. Leider leben auch in den Reihen des Proletariats noch viele, die nicht den Mut finden können, mit ihr zu brechen und das Gewesene als gewesen zu betrachten. Ich möchte nicht fragen, in wie vielen Arbeiterstuben auch noch die Bilder hängen, die ich eingangs erwähnte; von allen anderen Fällen völlig zu schweigen.

Es ist allerhöchste Zeit, daß wir den Götzen Tradition begraben! Viel zu lange schon hat er geherrscht.

Sprachenfrage und Technische Hochschule. Der Rektor der Technischen Hochschule richtete an die ausländischen Gäste der Hochschule die Bitte, sich der deutschen Sprache zu bedienen, um den deutschen Charakter der Technischen Hochschule zu wahren. Ferner könne die vollständige Beherrschung der deutschen Sprache für das Studium nur von Nutzen sein. Die polnischen Studenten sollen darauf beschlossen haben, die Vorlesungen solange nicht zu besuchen, bis die Verfügung wieder zurückgenommen worden ist.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Arbeiter Switalla, der bei der Nachtschicht auf der Schichanwerft abstürzte.

Polizeibericht vom 3. Juli 1923. Festgenommen 17 Personen, darunter 7 wegen Diebstahls, 1 wegen Mißhandlung, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Straßenraubes, 1 wegen Bannbruchs, 1 zur Festnahme ausgeschrieben, 5 in Polizeihaft.

Ohra. Eine Gemeindevertretersitzung findet am Donnerstag, den 5. Juli 1923, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses mit nachstehender Tagesordnung statt: Sicherstellung von Brennmaterial zur Ausgabe an Bedürftige. Uebernahme der beiden vom Kreise Danziger Höhe erbauten Wohnhäuser auf die Gemeinde. Uebernahme der dem Besitzer Just, Neue Welt, gehörenden eisernen Brücke über die Radaune auf die Gemeinde. Bewilligung von Mitteln zu außerplanmäßigen Straßenpflasterungen. In der nichtöffentlichen Sitzung werden Verkäufe und Personalangelegenheiten behandelt.

Neuteich. Die Stadtverordnetenversammlung, die am Sonnabend tagte, nahm Kenntnis von der Kassenrevision für Mai d. Js. In die Kommission zur Beratung des Etats für 1923 wurden die Stadtv. Wiehler, Gerowski, v. Blericq, Jacoby und Peck gewählt. Für den Umbau des Sortirhauses wurde die Aufnahme einer Anleihe von 8 Millionen Mark beschlossen. Die Nachbewilligung von 750 000 Mk. für Anschaffung von Schulbänken für die höhere Schule wurde zwar vollzogen, das eigenmächtige Vorgehen des Magistrats in dieser Angelegenheit scharf kritisiert. Ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung hatte er unter Vorsitz des Beigeordneten Wilda die Ausgabe bereits im März beschlossen und jetzt die Stadtverordnetenversammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt. Die Stadtverordnetenversammlung verbat sich eine derartige Beschränkung ihrer Rechte. Der Antrag auf Einführung der landw. Betriebssteuer wurde von der Deutschen Partei zurückgezogen, da durch die Geldentwertung die einzelnen Steuerstufen eine bedeutende Erhöhung erfahren sollen. Nach Erledigung einiger anderer, kleiner Vorlagen wurde in die geheime Beratung eingetreten.

Danziger Standesamt vom 3. Juli 1923.

Todesfälle. Tochter des verstorbenen Arbeiters Emil Kreft, 11 J. 7 M. — Witwe Wilhelmine Krüger geb. Bark, fast 90 J. — Witwe Auguste Jodlitzki geb. Schmidt, fast 84 J. — Sohn des Arbeiters Bruno Pollakowski, 5 M. — Ölsärbeiter Gerhard Silberbach, 20 J. 10 M. — Tochter des Müllers Johannes Pelikan, 12 W. — Klemmer Johannes Meier, 59 J. 6 M. — Frau Rosalina Katz geb. Lichtner, 75 J. 2 M. — Witwe Anna Kowalewski geb. Przybylski, 62 J. 4 M. — Arbeiter Johann Schitalla, 18 J. 4 M. — Witwe Auguste Petzold geb. Lieber, 78 J. 7 M. — Witwe Julie Pick geb. Ostrowski, 69 J. 5 M. — Malermeister Waldemar Müller, 73 J. 7 M. — Tochter des Maschinisten Konrad Balewski, 5 M. — Unehel. 1 Sohn lebend.

Devisenstand

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

1 Dollar 167 000 Mk.,

1 Pol.-Mk. 1,55 Mk., 1 engl. Pfd. 760 000 Mk.

Die Miete vom 1. Juli.

Nach der Bekanntmachung vom 26. Juni 1923 darf der Vermieter nach dem 1. Juli 1923 — außer den Vergütungen für die Nebenleistungen — bei sog. reinen Wohnungen nicht mehr als das Siebenhundertfache, bei sog. Ladenwohnungen nicht mehr als das Zweitausendfache der Friedensmiete verlangen.

Der Kreis der besonders abzugeltenden Nebenleistungen ist der gleiche geblieben wie bisher. Auch die Vorschriften über die Art, in der die Aufwendungen des Vermieters für die Nebenleistungen auf die einzelnen Mieter umzulegen sind, ist im wesentlichen unverändert geblieben. Neuerungen bringt die Bekanntmachung lediglich für die Umlegung des Wasserzinses.

Die erste Neuerung besteht darin, daß jetzt ausdrücklich ein Maßstab für die Umlegung der Vergütung für Wasserlieferung gegeben wird für jene Häuser, in denen außer Wohnungen und sog. Ladenwohnungen auch sog. gewerbliche Räume vorhanden sind. In solchen Häusern sollen die Aufwendungen des Vermieters für Lieferung von Leitungswasser zunächst auf die Wohnungen und Ladenwohnungen einerseits und die gewerblichen Räume andererseits verteilt werden, und zwar im Verhältnis der Gesamtgrundfläche der Wohnungen und Ladenwohnungen zur **doppelten** Gesamtgrundfläche der gewerblichen Räume. Der hiernach auf die Wohnungen und Ladenwohnungen entfallende Teilbetrag soll alsdann nach der Zahl der Haushaltsangehörigen auf die Inhaber der Wohnungen und Ladenwohnungen unterverteilt werden. Sind also in einem Hause vorhanden ein Laden von 40 Quadratmeter, ein Bureau von 30 Quadratmeter, eine Ladenwohnung von 80 Quadratmeter, drei Wohnungen von je 90 Quadratmeter = 270 Quadratmeter, so beträgt die Gesamtgrundfläche der Wohnungen und Ladenwohnungen 350 Quadratmeter, die Gesamtgrundfläche der gewerblichen Räume 70 Quadratmeter, die **doppelte** Gesamtgrundfläche der letzteren 140 Quadratmeter. Betragen nun die Aufwendungen des Vermieters für Lieferung von Leitungswasser 42 000 Mark, so diese zunächst zu verteilen im Verhältnis von 350:140, d. h. 5:2. Es entfallen somit auf die Wohnungen und Ladenwohnungen zusammen 30 000, auf die gewerblichen Räume 12 000 Mark. Die 30 000 Mark sind alsdann nach der Kopfzahl der Haushaltsangehörigen umzulegen.

Als zweite Neuerung bringt die Bekanntmachung vom 26. Juni 1923 die Bestimmung, daß für Inhaber von Wohnungen und Ladenwohnungen mit Badeeinrichtung ein Kopfteil besonders in Anrechnung zu bringen ist. Der Inhaber einer Wohnung mit Badeeinrichtung soll also, wenn seine Familie außer ihm noch 4 Köpfe zählt, bei der Umlegung der Vergütung für Wasserlieferung so behandelt werden, als ob außer ihm noch 5 Familienmitglieder vorhanden seien.

Die dritte Neuerung besteht in einer Erweiterung der dem Mieteinigungsamt erteilten Ermächtigung, in Ausnahmefällen eine andere als die in der Bekanntmachung vorgeschriebene Verteilungsart bei der Umlegung des Wasserzinses zuzulassen.

Hervorgehoben sei, daß der Vermieter die neuen Sätze ohne weiteres nur dann verlangen kann, wenn der Mieter mit ihrer sofortigen Geltung sich einverstanden erklärt oder sich der sogenannten [illegible]klausel unterworfen hat. Ist weder das eine noch das andere der Fall, so muß der Vermieter in der üblichen Weise mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes zum Zwecke der Mietzinsänderung kündigen.

Stadttheater. Die Aufführung des „Bajazzo" und von „Cavalleria rusticana" war um acht Tage verfrüht, galt als bloßer Ersatz für die Operette „Katja, die Tänzerin", die im letzten Augenblick abgesetzt werden mußte. Sie war wie alle Ersatzmittel unzureichend, über den Chor soll deshalb geschwiegen werden. Die Hauptrollen hatten außer Canio und Tonio dieselbe Besetzung wie im Vorjahr. Julius Kochns Canio setzte im Arioso überraschend gut ein, die Stimme klang fest und sicher und fand ihr altes Tremolo erst im zweiten Akt wieder: hier versagte Kochn auch darstellerisch, gefiel sich in übertriebenen Armverrenkungen. Der Prolog zum „Bajazzo" ist eine Erzählung, kann deshalb jeder starken Gefühlsäußerung von Seiten des Sängers entbehren. Theo Thement gestikulierte zu viel, war aber in der Oper selbst gesanglich auch schauspielerisch gut. Unverständlich allerdings, warum er im ersten Akt schon weiß geschminkt auftrat. F. S.

Eine neue Sargart. In Gegenwart von Vertretern des Senats, des Gesundheitsamtes und der Presse führte am Sonnabend die „Danziger Steinindustrie" G. m. b. H., Kirchenland 9 ihre Spezial-Futura-Särge vor. Die Spezial-Futura-Särge sind Ersatz für die unerschwinglich teuren Holzsärge und in ihrem Aeußern nicht von jenen zu unterscheiden. Sie haben neben großer Festigkeit und Handlichkeit noch mancherlei andere Vorzüge. Wie schon bemerkt bringt die Firma mit dem „Spezial-Futura-Sarg" einen billigen und doch allen Ansprüchen genügenden Sarg auf den Markt. Die Anschaffungskosten verringern sich um ca. 40 bis 50 Prozent. Die Vorführungen in den Geschäftsräumen der Firma bewiesen die Haltbarkeit und Tragfähigkeit der Särge und fanden diese allseitig Anerkennung.

Radfahrerkorso. Zum Besten der Altershilfe wurde am Sonntag ein Radfahrerkorso durch die Straßen der Stadt ausgeführt, welcher vom Friedrich-Wilhelm-Schützenhause ausging und auf dem Dominikanerplatz mancherlei Reigen vorführte. Die große Zuschauermenge spendete den Darbietungen lebhaften Beifall. Auch die übrigen Veranstaltungen zum Besten der notleidenden Alten nahmen ihren programmäßigen Verlauf. Auf dem Kohlenmarkt konzertierte um 11 Uhr der Buchdruckergesangverein. Die Sänger des Gesangvereins Liederhain, des Bürgervereins, und der Gesangvereine Germania und Sängerkreis boten um 11½ Uhr auf dem Langenmarkt und um dieselbe Zeit in Langfuhr der Katholische Gesangverein im Uphagenpark Gesangsvorträge. Um 12 Uhr hielt gegenüber der ehemaligen Garnisonkirche in Danzig der Gesangverein Thalia ein Konzert ab. In die Opferkästen für die notleidenden Alten floß manche Spende. Ueber das Gesamtergebnis des Opfertages kann erst in einigen Tagen berichtet werden.

Aus dem Osten.

Elbing. Kindesmord wurde vor dem Braunsberger Schwurgericht dem Dienstmädchen Gertrud Breier zur Last gelegt. Sie hat am zweiten Weihnachtsfeiertag 1922 unehelich ein Kind geboren — es ist bereits das dritte —, und es gleich nach der Geburt mit dem Deckbett erstickt. Die Leiche des Kindes hatte die Angeklagte in einiger Entfernung von der Wohnung in einem Flüßchen verstaut. Das Urteil lautete auf 2½ Jahre Gefängnis.

Elbing. Das Gewerkschaftsfest, das am letzten Sonntag stattfand, hatte unter dem Regenwetter zu leiden. Vollzog sich der Umzug durch die Stadt bei schönem Wetter, so setzte bei Ankunft des Zuges in Sanssouci der Regen ein, der bis heute andauert. Da sich unter diesen Umständen die Veranstaltungen, die für den Garten vorgesehen waren, auf den Saal beschränken mußten, begaben sich viele Teilnehmer nach dem Umzuge wieder nach Hause. Um 2 Uhr setzte sich der lange Zug, dessen Vorbeimarsch über eine Viertelstunde währte, vom Jugendspielplatz am Bahnhof aus in Bewegung. Den Zug eröffneten die Kinder der Gewerkschaftler, dann folgten die Stadttheaterkapelle, die Freie Turnerschaft, der Gesangverein „Liederfreunde", die einzelnen Gewerke mit ihren Fahnen und Abzeichen.

Königsberg. Die Lage im Landarbeiterstreik in den Kreisen Heiligenbeil und Niederung ist unverändert. Am Sonnabend fanden im Oberpräsidium Verhandlungen statt mit der Provinzial-Arbeitsgemeinschaft. Es wurden dabei 12 Punkte für die Beendigung des Streiks aufgestellt, denen der Deutsche Landarbeiterverband zustimmte. Doch scheinen die Arbeitgeber noch keine rechte Lust zu haben, auf diese Punkte einzugehen. Im Kreise Niederung möchten die Arbeitgeber die abgebrochenen Verhandlungen wieder fortsetzen; sie sollen in Heinrichswalde oder Kabian stattfinden. Die Arbeitnehmer wollen die Arbeit insgesamt aufnehmen, wenn die Gemaßregeltenfrage in ihrem Sinne erledigt wird. Die Arbeitgeber scheinen wie uns gemeldet wird, bereit zu sein, ihren anfänglichen Widerstand aufgeben zu wollen.

Landsberg. Ein Zigeunerdrama im Walde. Bei dem Dörfchen Opalitschen entdeckte man im Wald zwei blutbefleckte Mäntel und frisch aufgeworfene Erde. Nachforschungen führten zur Auffindung einer Leiche, die Schnitt- und Stichverletzungen aufwies. Der Tote ist etwa 25 Jahre alt und gehört anscheinend zu den Zigeunern. Die Nachforschungen nach dem Täter waren bisher ohne Erfolg.

Nikolaiken. Angeblich wegen eines Grenzstreits ermordete der Arbeiter Slowigki den Arbeiter Sbnig. Der Ermordete hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Aus aller Welt.

Kostenlose Totenbestattung in Sachsen. Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, die den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, für eine würdige Totenbestattung zu sorgen, und die ihnen das Recht gibt, Begräbnisunternehmungen zu kommunalisieren. Bei Einführung der kostenlosen Bestattung können [illegible] zur Gemeindesteuer erhoben werden.

Die Leistungsfähigkeit der Nauener Groß-Funkstelle. Infolge eines Abkommens zwischen der niederländisch-indischen Telegraphenverwaltung und den beteiligten Nachrichtenagenturen ist es nunmehr erfreulicherweise möglich geworden, daß die von der Großfunkstelle Nauen ausgesandten Funkpreßberichte allgemeinen Inhalts auch in Niederländisch-Indien aufgenommen und der niederländisch-indischen Presse zugeleitet werden. Die regelmäßige Aufnahme von Nachrichten von Nauen in Niederländisch-Indien ist ein neuer Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Großfunkstelle, deren Zeichen, wie bekannt, in allen Weltteilen gehört werden können.

Monarchistische Kunstvandalen. Das Modell des Denkmals für Auslandshilfe in Wien, dem von der Jury der erste Preis zuerkannt war, wurde von einem unbekannten Mann zu Boden geschleudert, so daß es zertrümmerte. Zeugen dieser Tat waren ungefähr 50 Personen, die kurz vorher unwillige Aeußerungen über das Modell gemacht hatten, das wegen seiner angeblich habsburgfeindlichen Tendenz von gewisser Seite zu Polemiken gegen die Preisrichter Anlaß gegeben hatte.

Das gestohlene Aufgebot. In Beulshausen am Harz erlebte ein Brautpaar, das sein Aufgebot bestellt hatte, einen herben Schmerz dadurch, daß das Aufgebot vor Ablauf der Aushängefrist aus dem Standesamtskasten gestohlen wurde. Stattdessen hing ein Zettel da: Die Rache des Verschmähten. Die Hochzeit mußte um 14 Tage verschoben werden, um die Aushängefrist zu wahren.

Die ehemalige Warschauer Universitätsbibliothek vernichtet. Die während des Weltkrieges auf Anordnung der russischen Regierung nach Rostow am Don verschleppte Warschauer Universitätsbibliothek ist mit zahlreichen polnischen Werken von hohem wissenschaftlichen und historischen Wert abgebrannt. Das Großfeuer vernichtete neben dieser Bibliothek auch das Hauptgebäude und fast sämtliche Institute der neuerrichteten Universität Rostow.

Polnische Agenten in Deutschland. Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts 1 gelangte der Prozeß wegen Verrats militärischer Geheimnisse zur Verhandlung, der sich gegen den Journalisten Siegmund Nartowski, den Musiker Friedrich Hunsiker und den Kaufmann Harry Bialiwons richtete. Die Angeklagten wurden beschuldigt, den polnischen Nachrichtenstellen in Berlin und Breslau gefälschte Dokumente übermittelt zu haben, in denen Auskunft über deutsche militärische Verhältnisse standen. Die Angeklagten Nartowski und Bialiwons sind polnische Staatsangehörige, während Hunsiker Deutscher ist und zu den Roßbachleuten gehört. Der Angeklagte Bialiwons ist im Februar vom Reichsgericht wegen Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die beiden polnischen Angeklagten Nartowski und Bialiwons hatten den Oberwachtmeister am Ende kennen gelernt, der mit den Polen in sehr enger Beziehung stand, und waren auf die Idee gekommen, sich von Polen durch den Verkauf falscher Dokumente Geld zu verschaffen. Die Angeklagten haben eine regelrechte Werkstätte für die Fälschung von Dokumenten eingerichtet. Sie verschafften sich Stempel, die sie zum Teil in Fabriken anfertigen ließen, und machten sich an die Arbeit, den Polen die von ihnen gewünschten Unterlagen über die Einteilung des Stabes und die Unterbringung des Selbstschutzes nach seiner Auflösung in Niederschlesien zu liefern. Die Strafkammer verneinte den Verrat militärischer Geheimnisse sowie Urkundenfälschung und erkannte nur auf **einfachen Betrug**. Bialiwons und Nartowski wurden zu je sechs Monaten Gefängnis, Hunsiker zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nartowski wurde als Ausländer der Polizei zur weiteren Verfügung überwiesen. Bialiwons wandert ins Zuchthaus zurück zur Verbüßung seiner dreijährigen Strafe wegen Landesverrats, und Hunsiker wurde freigelassen.

Das Ende des schlesischen Landarbeiterstreiks. Die in den letzten Tagen in Breslau geführten Verhandlungen über die Beilegung des Landarbeiterstreiks in Niederschlesien haben, laut „Tageblatt", vorgestern nachmittag zu einem einstimmig angenommenen Schiedsspruch geführt. Mit der Arbeitsaufnahme wird sofort begonnen werden. Maßregelungen der Streikenden sollen nicht erfolgen.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen.
Zeilenpreis 500 Mk.

Jungsozialisten-Gruppe. Dienstag, den 3. Juli, abends 7 Uhr: Vortrag des Gen. Dr. Gräbner. (†

Arbeiter-Jugend Danzig. Mittwoch, den 4. Juli, im Heim der Jungsozialisten: Vortragsabend.

Arbeiter-Jugendbund der Freien Stadt Danzig. Donnerstag, den 5. Juli, im Heim der Jungsozialisten: Funktionärsitzung. (†

Die Tat des Dietrich Stobäus

5) **Roman von Max Halbe.**

Aber, wie mein verstorbener Freund, Herr von B. [illegible] zu pflegte: „Es steht schon mit den Akten der [illegible]" und ich fürchte meine [illegible] an die [illegible] wird ganz und gar unfehlbar bleiben. So muß ich mir denn mit dieser letzten [illegible] gegen ein [illegible] Schicksal noch einmal Luft gemacht haben, um es für immer den Mund geschlossen zu bekommen.

[illegible]

nachher mit einem [illegible] Messer hinterrücks die Kehle durchsäbe, so daß ich bei [illegible] als Qualen langsamen Sterbens und Verblutens durchzumachen habe? Denn daß ich von dem Lager auf dem ich diesen letzten [illegible] nicht mehr aufstehen werde, ist meine felsenfeste [illegible] [illegible], der eine ein [illegible], der andere ein [illegible]. Das Gegenteil behaupten [illegible]

[illegible]

also bin ich frei und wieder Herr meiner selbst. Aber dreizehn Monate Untersuchungshaft sind nicht so im Handumdrehen aus den Knochen zu schütteln und noch weniger aus dem Gedächtnis, zumal wenn das Gedächtnis schwach ist, wie das eines im Finstern Daliegenden, der schlafen möchte und doch nicht schlafen kann. Wie viele Nächte habe ich so in der undurchdringlichen Dunkelheit meiner Zelle, in diesem schwarzen Schweigen einer enggewölbten Totengruft, als ein Lebendigbegrabener mit offenen Augen auf meiner Bahre dagelegen und meine Ohren für geheimste Regungen meines eigenen [illegible] geschärft! O, man wird so unbeschreiblich hellhörig in dieser Grabesstille mit ihren zahllosen Flüsterstimmen, so über alle Maßen weitsichtig in dieser ummauerten Finsternis mit ihren plötzlich aufschießenden und verlöschenden Flammen, die wie Blitze in gewitterschwerer Nacht fernste Bereiche an einen Geisterhorizont hinzaubern und wieder verschwinden lassen.

Schlechte Menschenkenner ihr Richter und öffentlich [illegible] Ankläger! [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Das Programm der Zoppoter Sportwoche

vom 8. bis 15. Juli 1923.

Sonntag, 8. Juli: 11 bis 12 Uhr vormittags Kurgartenkonzert. 12 Uhr Sportvorführungen von Danziger Turnvereinen im Kurgarten. — 18. allgemeines Lawn-Tennis-Turnier vom 8. bis 12. Juli, veranstaltet vom Ostdeutschen Lawn-Tennis-Turnier-Verband. Beginn täglich 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags auf den Tennisplätzen 1 bis 4, 11 bis 14. — 3 Uhr nachmittags Pferderennen des Danziger Reitervereins auf dem Zoppoter Rennplatz. — Kurgartenkonzert. — 7½ Uhr abends zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen des Badeortes Zoppot Festspielaufführung im Stadttheater: „Vom Fischerdorf zum Weltbad", Festspiel in 4 Akten von Kurdirektor Riesen.

Montag: Fortsetzung des Tennis-Turniers. — 4½ Uhr nachmittags: Motorradgeschicklichkeitsfahren des Danziger Motorradklubs auf dem Manzenplatz. 5 bis 8 Uhr nachmittags Kurgartenkonzert. 8½ Uhr abends Wasserkorso mit Strandbeleuchtung.

Dienstag: Fortsetzung des Tennis-Turniers. 11.30 bis 12.30 Uhr vormittags und 4.30 bis 7.30 Uhr nachmittags Kurgartenkonzert, letzteres als Symphonie-Konzert. 5 Uhr nachmittags Schlußrunden des Fußballturniers und Olympische Staffel um den Wanderpreis der Stadt Zoppot auf dem Manzenplatz. 8 Uhr abends Schaufechten im Kurgarten, veranstaltet vom Turn- und Fechtverein Preußen-Danzig. Anschließend Tanzvorführungen im Kurgarten.

Mittwoch: Fortsetzung des Tennis-Turniers. 11.30 bis 12.30 vormittags und 6 bis 9 Uhr abends Kurgartenkonzert. 3 Uhr nachmittags Pferderennen des Danziger Reitervereins.

Donnerstag: Fortsetzung des Tennis-Turniers. 11.30 bis 12.30 Uhr vormittags und 5.30 bis 8.30 Uhr nachmittags Kurgartenkonzert. Badefest, und zwar: Festzug der geschmückten Wagen, Autos und Reklamewagen. 9.15 Uhr nachmittags Abmarsch von der Großen Unterführung durch die Seestraße 4 bis 5 Uhr Blumenkorso auf dem Manzenplatz. 9.15 Uhr Brillantfeuerwerk am Strande zwischen Seesteg und Nordbad.

Freitag: 11.30 bis 12.30 Uhr vormittags und 6 bis 9 Uhr abends Kurgartenkonzert. 2.30 Uhr nachmittags Automobilgeschicklichkeitsfahren des Danziger Automobilklubs auf dem Manzenplatz.

Sonnabend: 11.30 bis 12.30 Uhr vormittags und 5 bis 7.30 Uhr nachmittags Kurgartenkonzert. 7.30 bis 8.30 Uhr abends Radreigen auf dem Seesteg. 9 Uhr Kurball.

Sonntag, 15. Juli: 11.30 bis 1 Uhr vormittags und 5 bis 9 Uhr nachmittags Kurgartenkonzert. Schwimmfest des Danziger Schwimmvereins am Seesteg. Beginn 9 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. 3 Uhr nachmittags Pferderennen des Danziger Reitervereins. 6.30 bis 7.30 Uhr nachmittags Jugend-Gerätе-Wettkampf im Kurgarten zwischen Turn- und Fechtverein Preußen-Danzig und Zoppoter Turn- und Sportverein.

Kurkapelle: Berliner Sinfonie-Orchester (Blüthner-Orchester).

Abfindungen und Frauenzulagen für Kriegsbeschädigte

Im Deutschen Reich findet, nachdem ein Abänderungsgesetz zum Reichsversorgungsgesetz vom Reichstag beschlossen ist, die Abfindung der Kriegsbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 v. H. statt.

Das gleiche Verfahren greift in Danzig Platz. Die Zahlung der laufenden Rente wird mit Ende Juli eingestellt; die im Juli zu zahlende Abfindungssumme beträgt 600 000 Mark; sie erhöht sich für jedes versorgungsberechtigte Kind um 10 v. H.

Nach dem gleichen Gesetz wird dem verheirateten Schwerbeschädigten (50 v. H. und mehr) und dem verheirateten Kapitulanten, der eine Dienstzeitrente von mindestens 50 v. H. bezieht, vom 1. 1. 23 ab eine Frauenzulage gewährt auf Grund einer amtlich beglaubigten Bescheinigung, daß und seit wann er verheiratet ist und daß die Frau lebt. Bescheinigungen einfachster Art, auch auf Postkarte, genügen. Beglaubigung kann durch jede Behörde erfolgen.

Die Bescheinigungen sind ohne Aufforderung dem Hauptversorgungsamt einzureichen.

Für die Ausfertigung eines Danziger Passes werden fortan neben der Stempelabgabe von 20 Mark eine Ausfertigungsgebühr von 4000 Mark und bei Verlängerung der alten Urkunde von 2000 Mark erhoben.

Unglücksfall bei Schichau. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag stürzte der bei Schichau beschäftigte Arbeiter Hans Swikola, Kolkongasse wohnhaft, 5 bis 6 Meter tief in einen Schiffsraum. Der Verunglückte erlitt dabei eine schwere Schädelverletzung. Er hatte außer seiner regelmäßigen Schicht noch eine Nachtschicht machen wollen.

Wasserstandsnachrichten am 2. Juli 1923.

	1. 7.	2. 7.
Zawichost	+1,33	+ .
	1. 7	2. 7.
Warschau	+1,39	+ .
	1. 7.	2. 7.
Plock	+ .	+ .
	1. 7.	2. 7
Thorn	+0,93	+0,94
Fordon	+0,89	+0,88
Culm	+0,87	+0,83
Graudenz	+0,98	+0,96
Kurzebrack	+ 1,34	+ 1,32
Montauerspitze	+ 0,83	+ 0,82
Piekel	+ 0,74	+ 0,72
Dirschau	+ 0,89	+ 0,88
Einlage	+ 2,44	+ 2,50
Schiewenhorst	+ 2,64	+ 2,72
Nogat:		
Schönau O. P.	+ 6,76	+ .
Galgenberg O. P.	+ 4,36	+ 4,36
Neuhorsterbusch	+ 2,22	+ 2,22
Anwachs	+ .	+ .

Amtliche Bekanntmachungen.

Mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses des städt. Betriebsamtes wird die Bekanntmachung vom 15. Juni d. J. betr. Festsetzung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität aufgehoben.

Die von der Standaufnahme nach dem 1. Juni d. J. ab gültigen Preise werden nunmehr wie folgt festgesetzt:

1. **für Leucht-, Koch- und Heizgas** . auf 2500.— M je cbm
2. **für Elektrizität**
   a) zu Beleuchtungszwecken . . „ 4000.— „ „ Kwst.
   b) zu Kraftzwecken „ 3200.— „ „ „
3. **für Wasser** . . „ 1000.— „ „ cbm

Diese Maßnahme ist hervorgerufen durch die im Laufe des Monats Juni stattgehabte wiederholte Erhöhung der Kohlenpreise, der Löhne und Gehälter. Diese Steigerungen waren bei der erstmaligen Festsetzung der Preise nicht vorauszusehen.

Danzig, den 29. Juni 1923. (10057

Der Senat,
Abt. für Betriebe, Verkehr und Arbeit.

Invalidenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Der Senat hat durch Verordnung vom 28. Mai 1923 als Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschriften des Abschnitts C des Gesetzes über Versicherung der Hausgewerbetreibenden vom 8. September 1922 (Gesetzbl. S. 406) den 1. Juli 1923 bestimmt. Die Landesversicherungsanstalt hat für die Beitragserhebung Grundsätze erlassen, die im Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig demnächst abgedruckt werden.

Die Hausgewerbetreibenden haben sich daher sofort Quittungskarten zu beschaffen und für die Markenverwendung zu sorgen; sie sind ebenso wie Arbeitgeber und Auftraggeber für die richtige und rechtzeitige Markenverwendung haftbar. Auskunft erteilt in Zweifelsfällen die Landesversicherungsanstalt.

Danzig, den 28. Juni 1923. (10040

Landesversicherungsanstalt Freie Stadt Danzig.

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose Katarrh usw. **heilbar?**
Verl. Sie kostenl. San.-Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift nur über Dr. Gebhard & Co., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104c. 13435

Platin, Gold- u. Silbersachen (auch Bruch), Gold- und Silbergeld Zahngebisse Bernsteinketten
kaufe in jeder Menge zu den tagesüblichen
Weltmarktpreisen
da ich Selbstverbraucher bin
Max Olimski
29 **Goldschmiedegasse** 29
Laden Gegründer 1895

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Montag, den 2 Juli, abends 7 Uhr:
Dauerkarten C 1.

Die Bohème

Oper in 4 Akten von Giacomo Puccini.

Dienstag, den 3. Juli, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. „Die Reise in die Mädchenzeit" Lustspiel in 3 Akten.

Mittwoch, den 4 Juli, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. „Johannisfeuer". Schauspiel.

Donnerstag, den 5 Juli, abends 7 Uhr: Letzte Vorstellung im Abonnement A. „Ein Walzertraum". Operette.

Danziger Hof
Wintergarten
Ab 11 Uhr
Kabarettvorstellungen
und Reunion
Kapelle Arkadi Flato
Nadja Betsjewa | Leontij Platanoff
vom Russisch-romantischen Ballett
Willi Bolinski, der Urkomische
Reedi u. Joe, das ungar. Meister-Tanzpaar
des großen Erfolges wegen prolongiert!
Thora und Ingeborg Malmström,
die lustigen Schwedinnen
Jo Larte-Ballett 10065
Franz Hochländer,
Stimmungssänger und Conferencier
5-Uhr-Tanz-Tee mit Tanzaufführungen
Bonbonniere, größter intern. Barbetrieb

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 1005
Achtung! Heute! Achtung!
Der große Wild-West-Episoden-Film!
„Mit Büchse und Lasso"
in 6 Episoden . . . . . 34 Akten.
5. Episode: **„Durch Not und Tod"**
6. Episode: **„Glühende Rache"**
12 große, äußerst spann. u. sensationelle Akte.
In der Hauptrolle: **Eddie Polo.**
Ferner: Der große Lustspielschlager:
Chaplin bei Anna Boleyn
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Jüngeren Laufburschen
stellt sofort ein
Danziger Volksstimme,
Am Spendhause 6.

Wir haben die Fabrikation von
Spezial-Futura-Särgen
D. R. P. und Auslandspatente, aufgenommen
Die Beschaffungskosten stellen sich bei unseren Särgen um ca.
40 bis 50% billiger
Besichtigung erbeten 10066
Danziger Stein-Industrie · Danzig
Altschottland 3 Abteilung: Futura-Särge Telefon 5501

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung

über den Verkehr mit Milch und Butter.

Auf Grund des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch Verordnung vom 29. September 1915, 28. März 1916 und durch die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.G.Bl. 1914 S. 339, 516; 1915 S. 603; 1916 S. 183; 1918 S. 395) sowie unter Aufhebung der Verordnungen über den Verkehr mit Milch und Butter vom 1. Mai, vom 3. Mai, vom 18. Mai, vom 30. Mai, vom 13. Juni und vom 21. Juni 1923 wird folgendes verordnet:

§ 1.

Für Vollmilch wird der Höchstpreis im Kleinverkauf auf 2300 Mark für das Liter festgesetzt. Für Tiegenhof, Neuteich und das platte Land wird der Kleinverkaufspreis auf 1900 Mark und für Praust auf 2000 Mark für das Liter festgesetzt. Der Höchstpreis für das Liter Vollmilch für den Kuhhalter wird auf 1450 Mark für Molkerei, Käserei oder Kuhhalter ab Station zum Kleinverkauf in der Stadt auf 1630 Mark, für den Kuhhalter, von dem die Milch per Achse von Danzig aus abgeholt wird, auf 1470 Mark festgesetzt. Erfolgt die Abholung der Milch durch den Großhandel aus Orten, die 10 Kilometer und weniger von Danzig entfernt sind, so ist der Kuhhalter berechtigt, 1660 Mark für das Liter zu nehmen.

Für Kuhhalter, die frei Verkaufsstelle Danzig liefern, wird der Preis auf 2010 Mk. für das Liter festgesetzt. Die Abgabe durch den Großhandel an den Kleinhandel hat zum Preise von 2215 Mk. für das Liter zu erfolgen.

§ 2.

Für Butter werden folgende Höchstpreise festgesetzt:
a) für ein Pfund Butter beim Erzeuger 31 000 Mk.
b) für 1 Pfund Butter im Kleinhandel 28 000 Mk.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.G.Bl. S. 395) bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1923 in Kraft.

Danzig, den 30. Juni 1923. (10067

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig.
Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Auf Grund des § 160 Reichsversicherungsordnung und des § 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes ist der Wert der Sachbezüge mit Wirkung vom 1. Juli 1923 anderweit wie folgt festgesetzt:

Klasse der versicherungspflichtig. Personen, die sich im Haushalte des Arbeitgebers befinden oder dort verpflegt werden	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Verpflegung	Wäsche	Zusammen
männliche Gesellen u. Gehilfen	29 400	575 750	1 723 400	—	2 328 550
weibliche „ „ „	29 400	575 750	1 651 600	—	2 256 750
gewerbliche Lehrlinge	29 400	402 750	1 651 600	—	2 083 750
männliche Handlungsgehilfen	29 400	575 750	1 723 400	—	2 328 550
weibliche „ „	29 400	575 750	1 651 600	—	2 256 750
Handlungslehrlinge	29 400	402 750	1 723 400	—	2 155 550
Erzieherinnen, Gesellschafterinnen usw.	69 200	633 200	1 723 400	—	2 425 800
männliche Dienstboten	24 100	207 300	1 579 700	58 000	1 869 100
weibliche „	24 100	207 300	1 508 100	58 000	1 797 500

	Aufwärterinnen:	Waschfrauen:
Erstes Frühstück	750 Mark	750 Mark
zweites „	1 100 „	2 200 „
Mittag	2 500 „	2 900 „
Vesper	750 „	750 „
Abendbrot	1 450 „	2 200 „
zusammen	6 550 Mark.	8 800 Mark.

Danzig, den 27. Juni 1923.

Das Versicherungsamt der Stadt Danzig. 10066

GOLD SILBER 9953
auch Bruch, kauft zu höchsten Preisen
Rote Goldeinkaufstelle
Altstädtischer Graben 74

Ofen für Eingespannfeuerung
sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. 1496 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Größeren Koffer
zu kauf. oder geg. Gehrock u. Winterpaletot zu tausch. gesucht. Offerten unter V. 1495 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Saug-Druckpumpe
billig zu verkaufen. (†
Bauer, Lastadie 3, Hof.

Gebrauchte 10012
Möbel jeder Art
kauft zu höchsten Preisen
Götze, Häkergasse 11.

Zahle allerhöchste Preise
für getragene Herren- u. Damen-Sachen, sowie Möbel, ganze Nachlässe u. Bodenrumpel. 10013
Meta Selonke,
Häkergasse 15.

Arbeitsmädchen
jüngere, sucht (10061
Fabrik Häkergasse 5.

Künstliche Zähne
und Reparaturen fertigt billigst (†
A. Neuhoff,
Breitgasse 112, 2 Treppe.

Schlafstelle gesucht.
Offerten u. L. Nr. 1495 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

1 Plan oder Säcke
zu kauf. gef. Bartholom. Kirchenn. 13, 1 Tr. rechts.

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

HÄUSER DES DANZIGER TEXTILGROSSHANDELS

Leo Neumann, Webwarengroßhandlung

Leo Neumann & Herz A.-G. Textilwaren-Export und -Ausrüstung.

DANZIG, DOMINIKSWALL 18

Knobloch & Rosenmann
DANZIG
Töpfergasse Nr. 1/3
Herren- u. Knabenkleider-Fabrik

M. Forell & Co.
EXPORT :: IMPORT
Danzig, Heilige Geistgasse 14/16
Großhandlung
Kurzwaren :: Knöpfe :: Posamenten :: Spitzen :: Stickereien :: Bijouterien :: Haarschmuck ::
Trikotagen / / Strumpfwaren

D. Lewinsky G. m. b. H.
DANZIG
Langer Markt Nr. 2
Mechanische Kleiderfabriken

Bukofzer & Co.
Vorstädtischer Graben 18
Kurz- u. Wirkwaren-Großhandel

Heinrich Posner
DANZIG, Pfefferstadt 19
Telefon 3436
Herrenkleiderfabrik :: Tuche und Futterstoffe

Cäsar Cohn
Breitgasse 98
Telephon Nr. 654
Blusen-, Kleider-, Kostümröcke-Fabrikation

Fabrik-Tuchlager
L. Nadel & S. Judelewicz
I. Damm 19 DANZIG Telefon 6467
Telegramm-Adresse: „Junad"
Export :: en gros
Große Auswahl in sämtlichen Kammgarnen, Streichgarnen und Velours.

Alexander & Lewin
Langgasse 26/27
Engros · Textilwaren · Export
Spezialität: Damen-Kleiderstoffe und Velles
Generalbevollmächtigte für M. SIEG & CO., Berlin

Danziger Schürzen-Fabrik
Carl Michel
Jopengasse 41 Telefon 3459
Kommissionslager der Firmen:
Weinberg & Gutmann, Berlin, in Gardinen
Bernhard Kass & Co., Berlin, in Schürzen

Sommerfeld & Co.
Fernsprecher 2817 DANZIG Tobiasgasse 1–21
:—: Spezial-Hosen-Fabrik :—:

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! **Ohne Gewähr!**

(A) **Danziger Vorortverkehr.**

(Danzig—Neufahrwasser. Danzig—Ohra—Praust.)

Danzig Hbf.—Neufahrwasser 1[illegible], 12, 5[illegible] W, 5[illegible], 6[illegible] W, 6[illegible], 7[illegible] W, 8[illegible], 9[illegible], 11[illegible], 12[illegible], 1[illegible], 2[illegible], 2[illegible], 3[illegible], 3[illegible], 4[illegible], 4[illegible], 5[illegible], 6[illegible], 7[illegible], 8[illegible], 9[illegible], 10[illegible].

Neufahrwasser—Danzig Hbf. 2[illegible], 4[illegible], 5[illegible] W, 6[illegible], 6[illegible] W, 7[illegible], 8[illegible] W, 9[illegible], 10[illegible], 12[illegible], 1[illegible], 2[illegible] W, 3[illegible], 3[illegible], 4[illegible], 4[illegible], 5[illegible], 6[illegible], 7[illegible], 8[illegible], 9[illegible], 10[illegible], 11[illegible].

Danzig Hbf.—Praust 4[illegible], 4[illegible] W, 5[illegible], 5[illegible] W, 6[illegible] W, 8[illegible], 8[illegible], 10[illegible], 12[illegible], 1[illegible], 2[illegible], 3[illegible], 4[illegible] W, 5[illegible], 6[illegible], 8[illegible], 9[illegible], 11[illegible].

Praust—Danzig Hbf. 4[illegible], 5[illegible] W, 6[illegible] W, 7[illegible], 8[illegible] W, 9[illegible], 10[illegible], 11[illegible], 12[illegible], 2[illegible], 3[illegible], 4[illegible], 5[illegible] W, 6[illegible], 7[illegible], 9[illegible], 9[illegible], 11[illegible].

Ohra—Danzig Hbf. 5[illegible], 5[illegible] W, 6[illegible] W, 7[illegible], 8[illegible] W, 9[illegible], 10[illegible], 11[illegible], 1[illegible], 2[illegible], 4[illegible], 4[illegible], 5[illegible] W, 6[illegible], 7[illegible], 9[illegible], 9[illegible], 11[illegible].

W bedeutet: Züge verkehren nur an Werktagen.

Pommerellische Actien-Gesellschaft Ikanina
Hundegasse 93 :: Telephon 63-79
Textil-Waren en gros

Oskar Klammer, Toruń
— Zał 1898 —
Hurtownia rowerów, części rowerów i maszyn do szycia
Telefon 216
Adresse telegraficzny: Oskar Klammer, Toruń

Oskar Klammer, G. m. b. H.
DANZIG
Paradiesgasse 35
Engroshaus für Fahrräder, Fahrradzubehör und Nähmaschinen
Fernsprecher 6142 Telegr.-Adresse: „Cursor Danzig"

Albert & Bruno Fischer
Danzig, Heumarkt 4
Schürzen- und Wäschefabrik

Kiewe & Co.
DANZIG
Jopengasse Nr. 4, 2 Treppen
Textilwaren-Grosshandlung

Leon Rubinowicz
TUCHZENTRALE
Import .·. Export
Filiale: Danzig, II. Damm Nr. 15
Hauptgeschäft: LODZ, Petrikauer 17

Sülzner & Fleischer
DANZIG, Weißmönchenhintergasse 1/2
Fernsprecher 2881 u. 5211
Strickwolle en gros

BENSINGER & CO.
IMPORT Textilwaren EXPORT
TRANSIT
DANZIG — Breitgasse Nr. 124 — Telephon: Danzig Nr. 6[illegible] — Telegr.-Adresse: „Eibeher"
FRANKFURT a. M. — Kaiserstraße Nr. 71 — Telephon: Hansa Nr. 4835 — Telegr.-Adr.: „Bensingerlist"
Vertreter der Firma S. BENSINGER, London E. C. 1, 31 Redcross Street
Ständige Läger in DANZIG, POZNAN, KRAKOW, LWOW

Neumann & Toczek
DANZIG
I. Damm Nr. 21
Telephon 7287
en gros Tuche, Futterstoffe en détail

Kartonnagen-Fabrik
J. BLUMENTHAL & CO.
Papier- und Pappen-Großhandlung
Breitgasse 81 DANZIG Telefon 3629
Anfertigung von Schnellheftern und Briefordnern

„Pabiamo"
Textilwaren - Handelsgesellschaft m. b. H.
Telephon Nr. 2678 :: DANZIG :: Breitgasse Nr. 16
Vertreter der Aktien-Gesellschaft:
„KRUSCHE & ENDER"
Pabianice b. Lodz.

MORITZ ROTHSTEIN
Altstädtischer Graben 92 :: Telefon 5710
Strumpf- und Handschuh-Export

Johs. P. Uhlitzsch
Königsberg i. Pr., Weidendamm 4
Fernsprecher Nr. 5135
Danzig, Altstädtisch. Graben 19/20
Fernsprecher Nr. 3745
Wäschefabrik
Fabriklager in Herrenwäsche u. Strumpfwaren

Walter Goldstein
DANZIG
Fischgraben Nr. 18/19
Telephon Nr. 3140
Leinen- u. Baumwoll-Waren en gros

Gohr & Co.
G. m. b. H.
Danzig, Lastadie 35b
Telefon 3185
Damen-Mäntel, Kostüm- und Rock-Fabrik

FRANZ BOSS · DANZIG

Telefon Nr. 1634 — Holzmarkt Nr. 5

Leder-Kommission · Schuhmacher-Bedarfsartikel

Die neue Beamtenbesoldungsordnung.

Neuwahl des Präsidiums. — Das Hypothekensperrgesetz. — Die langfristigen Mietsverträge.

In der Sonnabend-Sitzung des Volkstages wurde die Neubesetzung des Volkstagspräsidiums vollzogen. Präsident Dr. Treichel und der 1. Vizepräsident Gen. Gehl hatten schriftlich die Niederlegung ihrer Aemter erklärt. Auf Grund des nunmehrigen Stärkeverhältnisses der Fraktionen und nach den Vorschlägen der Fraktionen wurde

Abg. Gen. Gehl zum Präsidenten

und Abg. Dr. Treichel zum 1. Vizepräsidenten gewählt. Die Wahlen erfolgten einstimmig. Beide nahmen die Wahl an. Präsident Gen. Gehl dankte seinem Vorgänger für dessen objektive Amtsführung und versprach, die Geschäfte des Hauses objektiv, sachlich und unparteiisch zu führen.

E folgten dann einige Erklärungen.

Abg. Gen. Plettner teilte mit, daß der Abg. Leschkowski, der seit längerer Zeit nicht mehr an den Arbeiten des Hauses teilnimmt, nicht mehr als Mitglied der Ver. Soz. Fraktion zu betrachten sei.

Zur Sozialdemokratischen Fraktion übergetreten.

Abg. **Stawicki**, der im Gegensatz zu seinen bisherigen Fraktionsfreunden, dem „Arbeiterführer" Gaikowski und dem „Ingenieur" Neubauer, wiederholt mit der Linken gestimmt hat, erklärte seinen Austritt aus der Zentrumsfraktion und seinen Anschluß an die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie. Zur Begründung dieses aufsehenerregenden Schrittes gab Stawicki folgende bedeutsame Erklärung ab:

„Da die Zentrumsfraktion sich dem Standpunkt der übrigen bürgerlichen Fraktionen anschließt, nämlich **alle Anträge auf Linderung der Not der Erwerbsunfähigen und Minderbemittelten ablehnt**, und die ärmsten unserer Mitbürger aus nichtigen Gründen immer weiter in tiefstes Elend drängt, hat die **Zentrumsfraktion sich außerhalb ihres Parteiprogramms und außerhalb aller menschlichen und christlichen Grundsätze gestellt.** Daher trete ich aus der Zentrumsfraktion aus und trete der Fraktion der Ver. Soz. Part. Danzigs bei. Dieser Uebertritt erfolgt, weil ich erkannt habe, daß die Regierung durch die nichtigen Vorwände, mit welchen sie die Zurückstellung der Anträge betr. die Linderung der Not des Volkes verlangte, bewiesen hat, daß sie weder willens noch fähig ist, das soziale und damit das mit diesem eng verbundene Wirtschaftsproblem zu lösen. Aus diesem Grunde erfolgt mein Uebertritt zur Opposition. Bei nächster Gelegenheit werde ich den Nachweis liefern, daß ich gezwungen worden bin, diese Erklärung abzugeben."

Die Erklärung löste bei der Linken lebhafte Bravorufe, bei dem Zentrum verlegenes Lächeln aus. Abg. Raube hat bei den Moskauanhängern Unterschlupf gefunden. Er teilte mit, daß er mit den Abg. Laschewski, Klawschinski, Säwe und Frau Döll eine Kommunistische Fraktion gebildet habe. Diese Erklärung hat nur theoretischen Wert. Da erst sieben Abgeordnete eine Fraktion bilden können. In einer weiteren Erklärung wandte sich Abg. v. Budzynski (Pole) gegen den schroffen Ton der Danziger Note in der Ausweisungsfrage.

Nach diesem interessanten Vorspiel trat das Haus in die Beratung der Tagesordnung ein. Bei der Beschlußfassung über Eingaben trat Abg. Gen. Leu warm für die Berücksichtigung der Wünsche der alkoholgegnerischen Vereine und der Jugendvereine ein. Die Bleibenfrage für die Jugendlichen müsse endlich gelöst werden. In einer anderen Eingabe bat eine Mutter um Entlassung ihrer Tochter aus der Fürsorgeerziehung. Abg. Beyer, der die näheren Umstände eingehend untersucht hatte, ersuchte das Haus in warmherzigen Worten, dem Wunsche der Mutter zu willfahren. Aber es handelt sich um ein Arbeiterkind, da ist nach Ansicht der bürgerlichen Mehrheit Menschlichkeit nicht am Platze. Die Eingabe wurde dann auch mit 38 gegen 34 Stimmen zurückgewiesen. Die lebhaften Pfuirufe der Linken galten insbesondere den weiblichen Abg. Knoblauch (Dntl.), Landmann und Zuper (Zentrum).

Eine Herabsetzung der Diäten

war vor längerer Zeit von der Deutschen Partei beantragt worden. Im Ausschuß kam man zur Ablehnung des Antrages. Das Plenum trat diesem Beschluß bei, beschloß aber, daß den Abg. für jede versäumte Sitzung ein Zehntel (bisher ein Dreißigstel) der Gesamtbezüge gekürzt werden.

Die 20. Aenderung der Beamtenbesoldungsordnung. die verschiedenen Beamtenkategorien eine höhere Eingruppierung und damit bessere Besoldung bringt, stand alsdann zur Beratung. Daß den höheren Beamten ganz besondere Vorteile zugedacht waren, ist selbstverständlich. So sollten z. B. die drei Landräte und der Oberst der Schutzpolizei die erhöhten Bezüge bis zum 1. April 1920 nachgezahlt erhalten. Dieser Plan wurde jedoch durch die Sozialdemokratie vereitelt.

Abg. Gen. **Spill** erklärte, daß die Vorlage der Ver. Soz. Fraktion nicht in allen Punkten zusagend sei, sie werde jedoch der Vorlage zustimmen, um eine beschleunigte Verabschiedung zu ermöglichen, damit die Beamten schnell in den Genuß der erhöhten Bezüge kommen. Redner ging dann auf die Verhandlungen des Hauptausschusses ein und rügte, daß hier Beamte in eigener Sache entschieden haben. In Arbeiterparlamenten sei das nicht üblich, daß Verbandsangestellte über ihre Entlohnung mit abstimmen. Auf die Vorlage selbst zurückkommend erklärte Redner, daß sie nach dem bekannten Wort „Wer da hat, dem wird noch mehr gegeben" aufgestellt worden sei. Die Spannung zwischen den einzelnen Gehaltsgruppen, von 357 000 bis 6 700 000 Mark, sei zu groß. In erster Linie habe man die oberen Beamten bedacht, die mittleren und unteren Beamten seien wiederum sehr schlecht weggekommen. Eine gemessene Abstufung der Gehälter nach Leistung und Vorbildung sei berechtigt, unberechtigt sei aber der prozentuale Teuerungszuschlag, denn dieser habe nicht gutzuheißende Auswirkungen. Höhere Beamte erhalten mehr an Teuerungszuschlag als andere Beamten an Gehalt überhaupt. Die Teuerungszulagen müssen für alle Beamten staffelförmig gestaltet werden, da sie gleichmäßig von der Markentwertung betroffen werden. Gegen die Leitung des Beamtenbundes erhob Redner den Vorwurf, daß sie die Interessen der mittleren und unteren Beamten nicht genügend wahrgenommen hat. Ferner habe man die Beamtenvertretung nur bis zur Festsetzung der Gehälter für Gruppe 11 gehört. Im Ausschuß habe die Ver. Soz. Fraktion versucht, Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen und u. a. den Antrag gestellt, daß sämtliche Beamten der Gruppe 2 in Gruppe 3 übergeführt werden. **Der Antrag sei von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden.** Wenn diese Beamten infolge ihrer geringen Besoldung Unredlichkeiten begehen, sind diejenigen, die diese Besoldungsordnung geschaffen haben, schuld daran. Am Schluß seiner Ausführungen stellte Redner erneut den Antrag, die Beamten der Gruppe 2 in Gruppe 3 zu überführen.

Die übrigen Fraktionen verzichteten auf eine Stellungnahme zur Beamtenbesoldungsordnung. Sie lehnten den sozialdemokratischen Antrag ab, worauf die Beamtenbesoldungsordnung in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen wurde. Der Beamtenbund des Freistaates, der zur gleichen Zeit im Schützenhause tagte, dankte in einem Schreiben dem Volkstag für seine schnelle Arbeit.

Der nunmehr zur Beratung stehende Gesetzentwurf über

Sperrung der Hypotheken

führte zu einer längeren Aussprache. Die Aussprache wurde durch den Abg. **Philipsen** eröffnet, der erklärte, daß die Deutschnationale Fraktion für das Gesetz stimmen werde. Abg. Dr. **Coppich** (Dt. Pt.) war der Meinung, daß die juristischen Bedenken gegen die Vorlage beseitigt seien. Nach Annahme des Gesetzes würde es zwischen Schuldnern und Gläubigern leicht zu einer gütlichen Einigung kommen.

Abg. Gen. **Rahn** vertrat den Standpunkt der Ver. Soz. Fraktion, der das Gesetz nicht weit genug ging. Nicht nur den Hypothekengläubigern, sondern auch den übrigen Bevölkerungsschichten, die sich in ähnlicher Lage befinden, müsse geholfen werden. Tausende Arbeiter und Angestellte hätten in Goldmark ein kleines Guthaben für die Krankheits- und Todesfälle bei den Sparkassen angelegt, das heute ebenfalls wertlos geworden ist. Auch diesen Leuten müsse geholfen werden. In der gleichen Lage befinden sich auch die Besitzer von Anleihen und Obligationen, in denen viel Mündelgelder angelegt worden seien. Die Ver. Soz. Fraktion sei bereit, auch dieser Bevölkerungsschicht zu helfen. Ungerecht sei es auch, da man die Versicherungsgesellschaften, Sparkassen usw. von dem Gesetz ausschließt, denn hier seien die Spargroschen der kleinen Leute angelegt. Die Aenderung des Währungssystems sei der beste Ausweg aus der wirtschaftlichen Not. Die Verhältnisse seien für die Einführung einer eigenen Währung nicht ungünstig.

Abg. Gen. **Müller** äußerste starke Bedenken gegen die Bestimmung des Gesetzes, daß ausländische Hypothekengläubiger und Sparkassen usw. von den Vergünstigungen des Gesetzes ausgeschlossen sein sollen. Das sei juristisch unhaltbar. Abg. **Kurowski** (Zentrum) hatte die gleichen Bedenken. Abg. Dr. **Coppich** trat für die Vorlage ein.

Abg. Gen. **Schmidt** wies mit Recht darauf hin, daß man den Hypothekengläubigern schon längst hätte helfen können, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl sei die Vorlage auf einmal so nötig. Sie bedeutet den ersten Schritt zur Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und werde von den Hausbesitzern sicherlich den Anlaß zu neuen Mieterhöhungen geben. Aehnliche Ausführungen machte auch der polnische Abg. **v. Budzynski**. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 32 gegen 28 Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf über die

Kündigung langfristiger Mietverträge

wurde in 3. Lesung unverändert angenommen.

Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Staatshaushaltsplanes übte der Abg. **Kuhnert** (Pole) in der ihm eigenen Weise Kritik an der Wirtschafts- und auswärtigen Politik des Senats.

Abg. Gen. **Spill** erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion die Vorlage ablehnen werde. Die Wirtschaftspolitik des Senats werde von ihr scharf verurteilt. Sie sei zwar damit einverstanden, daß der Senat die Rechte Danzigs entschieden wahrnimmt, könne aber den Ton in der Ausweisungsnote nicht billigen. Der Gesetzentwurf wurde alsdann vom Bürgerblock angenommen. Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung und die Gesetzentwürfe über die Brotversorgung und die Aenderung der Umsatz- und Luxussteuer kamen nicht mehr zur Verhandlung, da das Haus sich in Anbetracht der vorgerückten Zeit vertagte und in die Ferien ging, die bis zum 15. August dauern.

Danziger Fragen in Genf.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses gab der Vizepräsident des Senats Dr. Ziehm zwei Telegramme der Danziger Delegation aus Genf bekannt. Diese haben folgenden Wortlaut:

„Der Finanzausschuß des Völkerbundes verhandelte über die Finanzlage der Freien Stadt und über die Währungsreform und machte zu beiden Vorschläge an den Rat des Völkerbundes. Ueber diese Vorschläge wird am Mittwoch verhandelt werden."

„Vorläufig werden Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern des Generalsekretariats des Völkerbundes nicht stattfinden. Der polnische Außenminister übersandte unmittelbar an den Vorsitzenden des Völkerbundrates eine Note, in der er behauptete: 1. der Völkerbund dürfe nicht innere polnische Angelegenheiten behandeln; 2. der Versailler Vertrag sei in Danzig bezüglich Polens nicht verwirklicht worden. Daher sei eine Prüfung des gegenwärtigen Standes der Dinge von Grund auf sowie eine Erfüllung der gegebenen Bürgschaften notwendig."

Im Anschluß daran führte Dr. Ziehm aus: Es ist selbstverständlich, daß seitens Danzigs auf diese polnischen Forderungen eine eingehend begründete Gegenerklärung dem Rate des Völkerbundes unverzüglich überreicht werden wird. Die polnische Regierung übersieht, daß das Statut des Völkerbundes vielfach Eingriffe in innerstaatliche Angelegenheiten der dem Völkerbunde angehörigen Staaten enthält. Insbesondere ist aber bei dem durch den Versailler Vertrag und die Danzig-polnische Konvention geschaffenen Verhältnis zwischen Danzig und Polen eine Unterscheidung zwischen rein inneren polnischen Angelegenheiten einerseits und Danzig-polnischen Angelegenheiten andererseits unmöglich, soweit Danzig-polnische Beziehungen in Betracht kommen. Insbesondere die Konvention, welche die Erfüllung des im Versailler Vertrage vorgesehenen Uebereinkommens über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen bringt, regelt so mannigfache Verhältnisse zwischen Danzig und Polen und greift dabei fast überall ebenso in die inneren Angelegenheiten Danzigs wie Polens ein. Artikel 39 der Konvention lautet wörtlich:

„Jede zwischen Polen und der Freien Stadt aufkommende Meinungsverschiedenheit in bezug auf den vorliegenden Vertrag oder alle anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Konventionen oder alle die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berührenden Fragen soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des hohen Kommissars des Völkerbundes unterbreitet werden, die die Angelegenheit an den Rat des Völkerbundes verweist, falls er es für nötig erachtet."

Der Antrag Polens, die Zuständigkeit des Völkerbundes bei inneren polnischen Angelegenheiten auszuschließen, geht auf eine grundlegende Aenderung der Stellung Danzigs und der Stellung des Völkerbundes gegenüber den Danzig-polnischen Fragen hinaus. Polen könnte mit dem Hinweis darauf, daß die Frage eine innere polnische Angelegenheit sei, fast alle Danzig-polnischen Fragen auf diese Weise der Entscheidung des Völkerbundes entziehen; damit würde praktisch der Schutz des Völkerbundes, unter den Danzig nach dem Versailler Vertrage gestellt worden ist, beseitigt werden.

3. Danziger Beamtentag.

Der Danziger Beamtenbund hielt seinen 3. Bundestag am Sonnabend, d. 30. Juni, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus unter sehr starker Beteiligung der gewählten Vertreter und Zuhörer ab. Die wirtschaftliche Lage des Beamtenbundes ist eine günstige. Die Einnahmen 1922/23 betrugen 5 218 000 Mark, die Ausgaben 3 251 000 Mark, der Kassenbestand am 1. 4. 23 1 968 000 Mark. Die Mitgliederbeiträge ab 1. 7. betragen monatlich 1000 Mark. Der Haushaltsplan wurde genehmigt.

Die Beratung der vorliegenden Anträge hatte folgendes Ergebnis: 1. Der Antrag des Kommunal- und Senatsbeamtenvereins betr. Fortfall der Kündigungsklausel bei Beamten und Anwendung der im Reich in dieser Beziehung bestehenden Bestimmungen wurde angenommen. 2. Die Ueberführung der Dauerangestellten in das Beamtenverhältnis soll beim Senat beantragt werden. 3. Ein Antrag auf den Erlaß scharfer gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen gegen Ausbeutung und Wucher wurde angenommen. Es wurde vorgeschlagen die Herausgabe von Verordnungen an die Polizeiorgane auf Verfolgung aller Unredlichkeiten beim Erzeuger sowie beim Groß- und Kleinhandel. Unter Hinzuziehung von Händlern und Verbrauchern werden polizeiliche Ueberwachungskommissionen eingerichtet werden müssen, die Preise für Vieh im Klein- und Großhandel festzusetzen haben. Auch das Treiben der Aufkäufer und Händler und die Zurückhaltung von Waren wird beobachtet werden müssen. Ferner wird verlangt werden die Einsetzung von Marktgerichten, wie sie im Deutschen Reiche bereits bestehen. 4. Ein Antrag auf Verbesserung und Erweiterung des Notstandsbeihilfengesetzes wurde dem geschäftsführenden Ausschuß als Material überwiesen. 5. Ein Antrag auf Begründung einer eigenen Feuer- und Einbruchdiebstahlsversicherung für die Beamtenschaft wurde angenommen.

Auf verschiedene kleine Anfragen wurden folgende Antworten erteilt: 1. Gegen die zu späte Gehaltszahlung hat der geschäftsführende Ausschuß wiederholt Stellung genommen und vom Senat verlangt, daß die Gehaltsbezüge zu gleicher Zeit wie im Reich oder wenigstens nicht wesentlich später an die Danziger Beamten gezahlt werden. 2. Der zeitgemäßen Erhöhung der Ueberteuerungszuschüsse hat der geschäftsführende Ausschuß ständig seine Aufmerksamkeit geschenkt und wird aus zukünftig die Teuerungsverhältnisse in Danzig gegenüber dem Reich überwachen.

In der Aussprache erhob ein politisch bürgerlich gerichtetes Mitglied des Beamtenbundes den Vorwurf, die bürgerlichen Beamtenvertreter des Volkstags hätten in der Besoldungsreformfrage versagt, was ein anderer bürgerlicher Abgeordneter krampfhaft zu entkräften bemüht war.

Die 2. Vollversammlung am Sonntag wies noch einen stärkeren Besuch auf als am Sonnabend. Vizepräsident Dr. Treichel übermittelte herzliche Grüße des Volkstags. Regierungsinspektor Schneider sprach über Goldmarkgehälter, Wirtschafts- und Steuerfragen. Bereits in der Vorkriegszeit wäre der Beamte nicht ausreichend besoldet gewesen. Durch die Verheerungen des Krieges und der Nachkriegszeit ist die Beamtenschaft noch mehr verelendet. Wenn ein Vertreter des Senats gelegentlich der Schilderung der Lage der unteren Beamten gesagt habe: „Sie sehen zu schwarz", so müsse dem widersprochen werden. Man müsse demgegenüber sagen: „Sehen Sie lieber schwarz als gar nicht." Die finanzielle Stabilisierung der Mark würde eines Tages kommen müssen. Dann erst würde man sehen, wie jammervoll die Bezahlung der Lohn- und Gehaltsempfänger wäre. Die Einführung der Goldmarkwirtschaft wäre ein großer Schritt, und es gehörten Männer von Eisen dazu, ihn durchzuführen.

Ein Vertreter aus dem Ruhrgebiet nahm sodann das Wort zu tief ergreifenden Ausführungen über die Lage der Kämpfer am Rhein und an der Ruhr. Er überbrachte herzliche Grüße aus Baden, der Pfalz, vom Rhein und von der Ruhr und vom Westausschuß des Deutschen Beamtenbundes. Es wäre ihm ein Herzensbedürfnis, dem Danziger Beamtenbund außerherzlichsten Dank für die reichliche Sammlung für die Ruhrkämpfer zu sagen.

Schon zu Beginn des 2. Vortrages über die Nöte der Deutschen im Ruhrgebiet waren Vertreter des Senats und die Chefs der Verwaltungsbehörden verschwunden. Der Vorsitzende Bürgerle sagte vor dem 2. Vortrage eine Debatte zu. Dann schloß er aber die Versammlung kurzerhand, nachdem der Redner, ein Beamter aus dem Westen, seine Schilderung über die Verhältnisse im Ruhrgebiet beendet hatte, unter dem Vorwande, eine Aussprache wäre nun nicht mehr angebracht. Darüber herrschte vielfach Enttäuschung. Schon im Vorjahre mußte auf der Versammlung des 2. Beamtentages mühsam erst die Gewährung einer Aussprache erkämpft werden. Ein solches Verfahren nennt man freie Betätigung in einer neutralen Gewerkschaft. Diese Knebelung ungezwungener Meinungsäußerung ist im Danziger Beamtenbunde bereits System geworden. Man kann auf diese Maßnahme jedoch das prächtige Wort Wilhelm Buschs in einer Variation anwenden: Das macht beliebt und angenehm, teils dieserhalb, teils außerdem . . . .

Am Sonntag nachmittag fand im hinteren Garten des Schützenhauses ein trotz des regnerischen Wetters stark besuchtes Gartenkonzert, ausgeführt von der Kapelle der Schutzpolizei, unter Musikdirektor Steberitz und dem Sängerchor des Beamtenvereins, unter Leitung des Musikdirektors Brandstätter statt, dessen Reinertrag für die Beamtenkinderfürsorge bestimmt ist.

Ein äußerst frecher Versuch des Einbruchsdiebstahls. Der Arbeiter Kurt R. wurde von einem Beamten der Schutzpolizei dabei betroffen, wie er mit einigen anderen jungen Leuten dabei beschäftigt war, aus dem Schaufenster einer hiesigen Bank auf dem Stadtgraben, das an einer Ecke eingedrückt und nur verklebt war, in den Nachmittagsstunden mit einem etwa ½ Meter langen Drahthaken Geldscheine herauszuholen.

Devisenstand

1 Dollar 174 000 Mk.,

1 Pol.-Mk. 1,50 Mk., 1 engl. Pfd. 800 000 Mk.

Kulturbilder.

Es gibt große Schnelldampfer, die in fünf Tagen den Ozean von England bis Amerika durchqueren; es gibt Flugzeuge, die über Nacht und Tag eine Reise von Deutschland bis in das Innere Rußlands machen; es gibt Schnellzüge und Kraftwagen, die jede Entfernung überwinden, und es gibt Kabel- und Funkentelegramme, die in einer Stunde die Menschheit auf dem ganzen Erdball von irgendeinem großen Ereignis unterrichten. So ist diese Menschheit verkehrstechnisch zu einer großen Familie geworden und könnte, wenn sie nicht in dieser „gottgewollten" Gesellschaftsordnung des Kapitalismus lebte, in Wahrheit Freud und Leid miteinander teilen.

Ein kleine Notiz aus Amerika zeigt der Welt eine so unerhörte Roheit, daß man sich erschüttert an den Kopf greift und fragt, ob man in einer Gesellschaft von vernunftbegabten Wesen oder unter Wahnsinnigen lebt. Während nämlich in Rußland der Hungertod furchtbare Ernte hält, und in Deutschland ein Stückchen Fleisch zu einem unerschwinglichen Leckerbissen wird, so daß in den Zeitungen wieder regelmäßig Hunde- und Katzenfleisch angeboten wird, währenddem bricht in Amerika die Getreide- und Viehwirtschaft unter der Last ihrer ungeheuren Vorräte zusammen.

In einem Brief aus Buenos Aires berichtet Leonhard Matters, daß die argentinischen Viehherden, die durch treffliche Zucht nur noch aus Musterexemplaren bestehen, sich so vermehrt haben, daß niemand mehr etwas zahlen will. Eine Kuh kostet, soweit sie überhaupt noch verkäuflich ist, 6 Schilling (ungefähr 6 Goldmark) und bei öffentlichen Versteigerungen mußten die Tiere herdenweise losgeschlagen werden, wobei für eine ganze Herde nicht einmal 2 Pfund Sterling, das sind weniger als 40 deutsche Friedensmark, geboten wurden. Wegen des Mangels an Absatz vermehren sich die Viehbestände in katastrophaler Weise, und es müssen regelrechte Metzeleien unter den Herden veranstaltet werden. Auf einer großen Farm reitet der Verwalter jeden Morgen hinaus und ersticht die Kälber, die in der Nacht geboren wurden.

Deutschland seufzt unter der Wucht der Reparationen. Der Dollar steigt in schwindelnde Höhe. Im Parlament handelt und feilscht man um die erbärmlich kleinen Renten der Kriegsbeschädigten, und ein Teil jener bedauernswerten Opfer, denen man während des Krieges den „Dank des Vaterlandes" versprach, soll auf Betreiben der bürgerlichen Parteien mit einer lächerlich geringen Summe abgefunden werden. In diesem Staat, der also nicht mehr für die Ärmsten der Armen eine Rente aufzubringen vermag, lebt eine Schicht von Menschen, die einen Luxus entfalten, wie er selbst vor dem Kriege nicht dagewesen ist. Nach den amtlichen Ziffern ist im ersten Vierteljahr des Jahres 1923 die Einfuhr von Alkohol dreimal so groß gewesen, als in dem gleichen Zeitraum 1913.

Wenn man einen Blick in die Bars und Dielen hineinwirft, in die Schlemmerlokale und Schiebersalons, dann weiß man, wer an dieser dreifach vermehrten Einfuhr den größten Anteil hat. Herrn Stinnes, der trotz seines schwarzen Paßes nicht jüdischer Herkunft ist, sind Krieg, Revolution und Reparationen Zeiten der Hochkonjunktur gewesen, so daß er heute an folgenden Werken beteiligt ist: 291 Fabriken, 240 Kohlengruben, 67 Erzgruben, 190 Transportunternehmungen, 158 Werken zur elektrischen Stromerzeugung, 60 Banken und Handelsgesellschaften und 70 Zeitungen."

So sieht also die deutsche Bourgeoisie aus. Die schon glaubte, an der Erzbergerschen Steuerpolitik zugrunde zu gehen. — An dieser Gesellschaftsordnung aber, die einerseits ihren ungeheuren Viehreichtum wie schädliches Kraut vernichtet, weil er ihr keinen Profit bringt, andererseits hunderttausende Proletarier an Unterernährung zugrunde gehen läßt, in Rußland sogar Millionen Menschen buchstäblich verhungern läßt, darf nach dem Willen der Geldbesitzer nicht gerüttelt werden, sonst bricht nach ihrer Meinung die Welt ein. Ob solche Tatsachen die große Masse der Gleichgültigen nicht endlich zum Nachdenken erwecken sollte, damit sie mithelfen, eine schönere, bessere Welt zu bauen?

Danziger Getreidepreise. Nach den Feststellungen der Notierungskommission der Handelskammer vom 2. Juni 1923 wurde im Inlandsverkehr während der vergangenen Woche gehandelt: Weizen [illegible] Mark, Roggen 135000, [illegible] Mark, Gerste [illegible] Mark, Hafer [illegible] bis [illegible] Mark per 50 Kilo frei Waggon Danzig.

Der unvollendete Kinobau in Zoppot ist schon für viele Straßenpassanten ein Stein des Anstoßes gewesen, zumal für diejenigen, die schon jahrelang auf die Zuweisung einer Wohnung warten. Wir gaben deshalb vor einiger Zeit eine Anregung aus unserem Leserkreis wieder, die den Ausbau des Gebäudes zu Wohnungen anregte. Die [illegible] des Senats [illegible] wie uns [illegible]: Wir haben die vorhandenen Baureste untersuchen lassen. Dabei ist festgestellt worden, daß diese zwar an sich für einen Wohnungsbau nutzbar zu machen wären, aber nur unter unwirtschaftlich hohen Kosten. Es stehen lediglich die vier Umfassungswände, ohne Mittelwände, ohne Schornstein, ohne Balkenlage, ohne Dach. Bei Ausbau lediglich des Erdgeschosses ließen sich etwa sechs Wohnungen von je einem Zimmer und Küche in die vorhandenen Umfassungswände einbauen. Sämtliche Fenster und Türen müßten jedoch ausgebrochen, neu überwölbt und Laibungen gemauert werden. Da die Geschoßhöhe lediglich für ein Kino berechnet ist, für Wohnungen also zu hoch ist, müßte die noch neu zu beschaffende Balkenlage in die Wände eingestemmt werden. Die Kosten eines solchen Ausbaus würden (bei einem Dollarstande von etwa 100 000) etwa 500 Millionen Mark betragen. Dazu käme noch die dem Erbauer für die Ueberlassung der Bauteile zu zahlende Vergütung. Selbst wenn eine solche Vergütung nicht gefordert würde, würden die Kosten des Ausbaues höher sein als derjenigen Kosten, die für einen völligen Neubau von sechs Einzimmerwohnungen mit Küche aufzuwenden wären.

Tiegenhof. Seinen Leichtsinn mit dem Tode büßte der jugendliche Arbeiter Ernst Borowski von hier. Als der Sonderzug der Schulen nach Steegen fuhr, versuchte B. kurz vor der Käserei Tiegenhagen auf den in voller Fahrt befindlichen Zug aufzuspringen, verfehlte die Griffe und stürzte auf die Schienen. Nachdem die drei letzten Wagen über ihn hinweggegangen waren, barg man ihn mit mehrmals durchfahrenen Beinen und schweren Schulterverletzungen. Der Tod trat unmittelbar darauf ein.

Aus dem Osten.

Elbing. Die Sichtvermerke für Reisen nach Polen. Bekanntlich verteilten die polnischen Konsulate in Deutschland seit mehreren Wochen Sichtvermerke für Reisen nach Polen nur gegen Hinterlegung einer Kaution von einer Million polnischer Mark. Diese Maßregel ist mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. auf Grund einer Verständigung mit der deutschen Regierung aufgehoben worden. Dagegen ist eine neue Erschwerung des Reiseverkehrs mit Polen dadurch eingetreten, daß die polnische Sichtvermerksgebühr seit einigen Tagen nicht mehr 82, sondern 100 französische Frank beträgt.

Gumbinnen. Landfriedensbruch. In Kulligkehmen feierte der Bauarbeiterverband ein Fest, welches bis kurz vor der Polizeistunde ruhig verlief. Durch fernstehende Elemente kam es um die genannte Zeit zu Händeln, wobei einige Scheiben eingeschlagen wurden. Deshalb gebot der Wirt Feierabend. Dem Gebot wurde auch Folge geleistet. Die Störenfriede drangen aber dann, nachdem sie sich Verstärkung geholt, gewaltsam in das Lokal ein, und schlugen mit Knütteln auf den Wirt ein, bis es ihm gelang, in seine Wohnung zu flüchten. Dorthin wurde er verfolgt. Er griff schließlich zum Revolver und schoß einen Angreifer nieder. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Das Lokal bietet ein trauriges Bild der Zerstörung. Die Fensterkreuze sind herausgerissen. Sämtliche Scheiben, Gläser, Lampen usw. sind zertrümmert. Man versuchte sogar, den Saal in Brand zu setzen, was aber mißlang. Küche und Speisekammer wurden ausgeraubt und die Vorräte von den Tätern mit ihrem Anhang im Straßengraben verzehrt. Das wüste Treiben dauerte bis zum Eintreffen der Schupopolizei bis 4 Uhr morgens.

[illegible]. Hinderndes Wrack. Das unweit Groß [illegible] Nordwestküste [illegible] in der Ostsee auf dem Meeresgrunde liegende Wrack des Schoners „Galeote" bildet für den Schiffsverkehr in jenem Wasserraum ein nicht unbedeutendes Hindernis. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, das Wrack zu sprengen und dann die einzelnen Teile durch [illegible] zu heben.

[illegible]. Geldstrafe allein tut's freilich nicht. [illegible] die Zahl der Ueberschreitung der [illegible] usw. aus der [illegible] Kreisen, die [illegible] sind [illegible] gesamt [illegible] in einem Falle allein 7 Millionen Mark.

[illegible]. [illegible] von einem Meter [illegible] fand am [illegible] ein [illegible] Einwohner. Dieser [illegible] in der Ostsee [illegible] wo er [illegible] beschlagen worden.

Aus aller Welt.

Der Aetna wieder in Tätigkeit. Aus Catania wird gemeldet, daß aus dem auf [illegible] gerichteten Lavastrom, der schon fast erloschen war, ein neuer 15 Meter breiter Strom hervorgebrochen ist, der mit 17 Meter Stundengeschwindigkeit auf die Stadt zieht, aber noch 7 Kilometer von ihr entfernt ist. Die Krater des Monte Nero sind weiter in Tätigkeit. Erdbebenstöße werden neuerdings aus Bologna, Modena und Reggio Emilia gemeldet.

Mit Mann und Maus untergegangen. Nach Blättermeldungen aus Melbourne ist der australische Dampfer „Sumatra" in der Nähe der Küste von Neusüdwales gesunken. Die gesamte aus 11 Weißen und 35 Farbigen bestehende Besatzung ist ertrunken.

Nächtliche Droschkenfahrt mit Räubern. Als sich ein vorübergehend in Berlin weilender Fabrikant in eine Autodroschke setzte, um in sein Hotel zu fahren, stieg ein ihm unbekanntes junges Mädchen zu ihm in den Wagen und bot ihm ihre Begleitung an. Zur gleichen Zeit öffnete sich auf der anderen Seite die Tür und noch zwei ungebetene Gäste männlichen Geschlechts setzten sich an die Seite des überraschten Fabrikanten. Während der Chauffeur davonfuhr, beraubten die Eindringlinge ihr Opfer und stießen es dann aus dem Wagen. Der Fabrikant hatte noch die Geistesgegenwart, mit einem zweiten Wagen die Räuber zu verfolgen. Sie wurden schließlich samt dem Chauffeur in einem Nachtlokal festgenommen, in dem sich zur gleichen Zeit noch 14 meist steckbrieflich verfolgte Personen aufhielten, die vollzählig hinter Schloß und Riegel gesetzt wurden.

Museumsbrand in Köln. Sonnabend mittag gegen 12 Uhr brach in dem in der Nähe der Martinskirche gelegenen einstigen Großfischkaufhaus der Stadt Köln, dem historischen städtischen Stapelhaus, in dessen oberen Räumen das Museum für Naturkunde untergebracht ist, aus noch unbekannter Ursache Großfeuer aus. Der Feuerwehr, die sofort zur Stelle war, gelang es, bis 1 Uhr das Feuer so weit zu dämpfen, daß die Hoffnung besteht, die unteren Geschosse des Gebäudes zu retten. Der größere Teil des Museums ist vernichtet. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Zwei vom schwachen Geschlecht. In Klein-Aga in Thüringen sollte zwei unverheirateten Bäuerinnen, die gemeinsam ein Gut bewirtschaften, wegen sehr schlechter Bestellung ein Teil der Aecker abgenommen werden. Die beiden Damen fielen aber über den Beamten, der ihnen die Nachricht brachte, her, rissen ihm die Uniform vom Leibe und verprügelten ihn derart, daß er flüchten mußte. Es mußte Gendarmerie eingreifen.

Folgenschwerer Leichtsinn. In Unterlüß bei Uelzen ereignete sich eine folgenschwere Explosion von Sprengkörpern. Vier Arbeiter, die sich auf der Suche nach Sprengstücken befanden, fanden eine Mine, von der sie die Führungsringe entfernen wollten. Trotz der Warnung des einen Arbeiters, der die Situation erkannte und sich in Sicherheit brachte, arbeiteten die drei anderen weiter an der Mine herum, als diese plötzlich explodierte und zwei Arbeiter sofort tötete und den dritten so schwer verletzte, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald darauf verstarb.

Die ihren Schlaf verkaufen. Bei der deutschen Paßstelle in Wien herrscht gegenwärtig ein großer Andrang von Visumbewerbern. Endlose Reihen von Menschen stehen oft ganze Tage lang, bis sie an die Reihe kommen. Jetzt haben Arbeitslose es sich zum Geschäft gemacht, die Nacht hindurch anzustehen und ihren Platz am andern Morgen an bequeme Leute, die ihren Schlaf eines Visums wegen nicht opfern wollen, zu verkaufen. Vordere Plätze werden mit 70 000, etwas weiter entfernte mit 50 000 Kronen abgetreten.

Der Großkampf im Fußballspiel zwischen Deutschland und Schweden im Stadion in Stockholm, dem über 15 000 Zuschauer beiwohnten, endete mit 2:1 zugunsten Schwedens. In der ersten Halbzeit stand das Spiel 1:0 zugunsten Deutschlands. Die Schweden errangen beide Tore in der zweiten Halbzeit.

Wirbelstürme in Amerika. Große Teile der Vereinigten Staaten wurden in den letzten Tagen von großen Wirbelstürmen heimgesucht, insbesondere die Staaten Minnesota, Nord-Dakota und Wisconsin. Ein Wirbelsturm hat besonders den Norden von Nord-Dakota zerstört. Die Stürme haben zahlreiche Opfer gefordert. Ganze Häuser wurden umgerissen, Telephon- und Telegraphenlinien vollkommen zerstört. Auch zahlreiche Eisenbahnunfälle werden gemeldet. Es liegen nur wenig Einzelheiten vor, man nimmt aber an, daß die Anzahl der Verwundeten 150 überschreitet und daß nicht weniger als 50 Tote zu verzeichnen sind.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen.

Zeilenpreis 800. Mk.

V.S.P.D., Ortsverein Zoppot.
Dienstag, den 3. Juli: Vortrag: Militärwesen vor, während und nach der Kriegszeit. Gen. Ostrowski.

Die Tat des Dietrich Stobäus

Roman von Max Halbe.

[illegible]

Leonhardi schüttelte schmunzelnd den Kopf.

„Man kann will ich es Ihnen verraten. Eben weil [illegible] dieser Sommer der Sommer meiner Jugend [illegible] [illegible] Der Kino meines Lebens [illegible] Claudine [illegible]. Und diese [illegible] Zimmermädchen [illegible] der Franzosen [illegible] Bilder und [illegible] holen!"

[illegible]

[illegible]

[illegible] Miniaturbildnis in schmalen Goldrahmen lag zu oberst daneben ein Stoß engbeschriebener Bogen eines [illegible], vergilbten Papiers von älterer und vergessener Schreibweise.

Leonhardi, der von der langen Arbeit ermüdet war, ließ zerstreut seine Blicke über die fremden Schriftzüge gleiten. Plötzlich hielt er [illegible] vor den Kopf. Das war der Abend am Strand und Leonhardis Erzählung. Er rückte die [illegible] Medaillon prüfend vor die Augen. [illegible]

[illegible]

Bild, was durch seine Nerven knisterte? Er schüttelte sich mit einer unwilligen Gebärde und legte das Täfelchen auf die entgegengesetzte Seite des Tisches, wie man ein Flakon mit einem seltsamen und rätselhaften Gift vorsichtig aus dem Bereich seiner Hände entfernt.

Es war spät in der Nacht. Das Feuer im Ofen war erloschen. Kalte Luftstöße fegten über die Tischplatte und erfüllten die roten Papiere rings umher mit raschelndem Leben. Regenkörner klatschten wie Peitschenhiebe gegen die Fenster. Der unsichtbare Organist, der hoch in den Lüften die Sturmorgel spielte, hatte seine tiefsten Register gezogen, während die begleitenden Blasinstrumente aus vollen Backen aufschmetterten, die Violinen durch alle Tonarten jagten und die Schlagkörper hie und da in furchtbarer Wut zusammendröhnten, daß das alte Patrizierhaus in seinen Lebenswurzeln erbebte.

Leonhardi lauschte ein Weilchen in den wilden Aufruhr hinaus. An Schlafen war nicht zu denken. Er lehnte sich bequem in seinem Stuhl zurück, zündete sich eine neue Zigarre an und nahm die engbeschriebenen Bogen zur Hand, in denen das Geheimnis des Dietrich Stobäus zu Papier gebracht sein sollte.

Danzig, den 15. März 64.

Die beiliegenden Blätter, die ich meinem Freunde und [illegible] Verteidiger Doktor Märchenschön zur freien Verfügung nach meinem Tode übergebe, sind infolge eines [illegible] Schicksal bestimmt, unvollendet zu bleiben. Ich weiß nicht, ob es eine wissende und sorgende Vorsehung gibt, und ich für meinen Teil glaube es auch nicht, was ich angesichts meines nahen Endes hiermit offen und auf jedes Risiko hin bekenne. Sollte aber wider Erwarten dennoch eine [illegible] und inappellable Instanz irgendwo über den Sternen etabliert sein, so hätte sie allen Grund, der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen uns mit einiger Unruhe entgegenzusehen, während es hinwiederum an mir sein wird, jener zugleich lenkenden und richtenden Behörde [illegible] Konto mit verschiedenen unbeglichenen gezeichneten Posten vorzulegen und Bezahlung zu verlangen. [illegible] erlegte Fronden, Spanndienste und [illegible] Opfer an Körper und Seele, an Leib und Leben. Es mag dann auf Heller und Pfennig das gegenseitige [illegible] herausgenommen und Debet und Kredit der beiden Parteien gegeneinander auszugleichen sein, derart, daß [illegible] verbleibende Rest dem obsiegenden Teile im Hauptbuch [illegible] mit Flammenschrift aufgebracht wird.

(Fortsetzung folgt.)